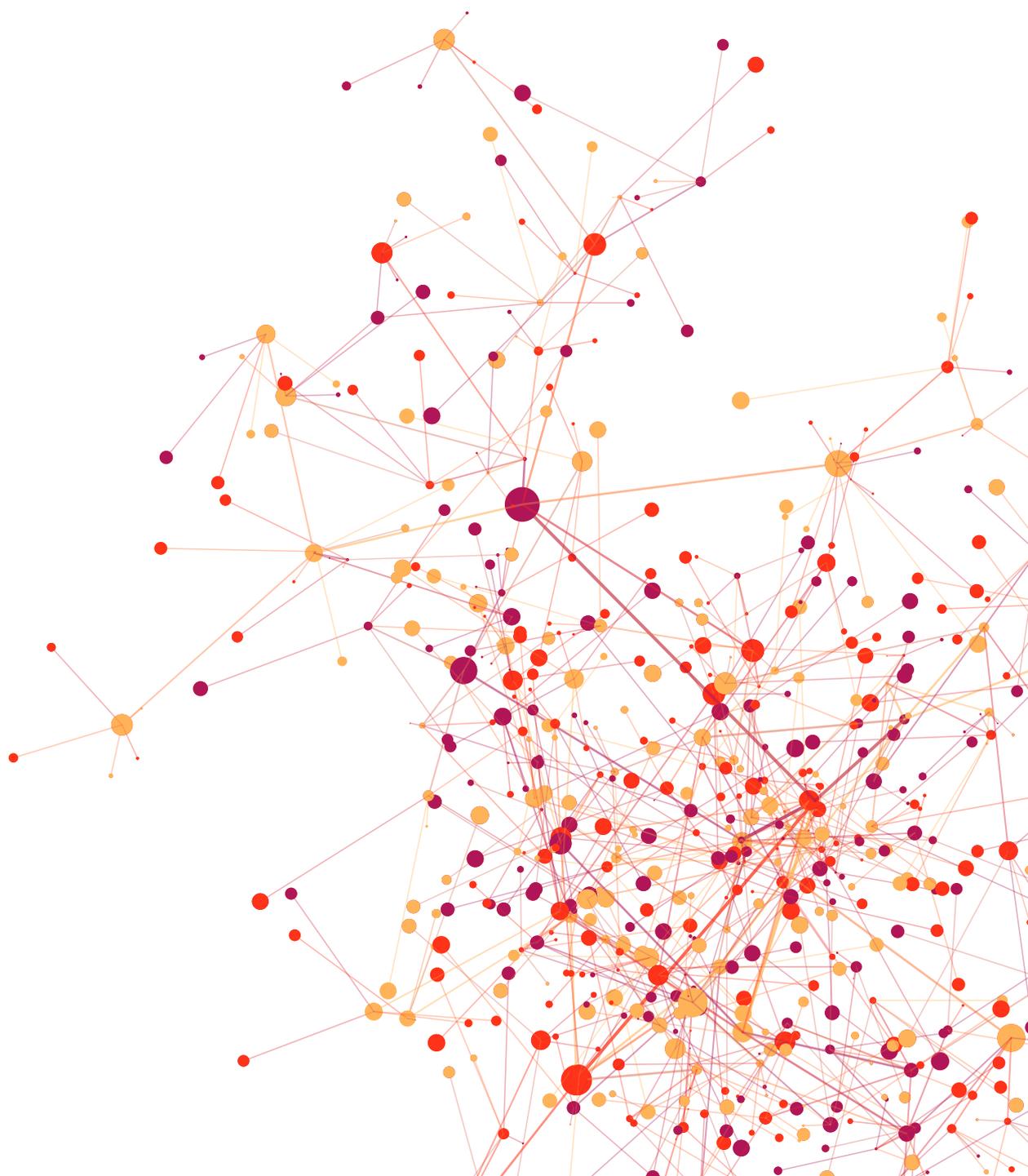


ANNE LEISER, ÖZEN ODAĞ UND KLAUS BOEHNKE

# GEWALT IM DISKURS

SOZIALE MEDIEN ALS RADIKALISIERUNGS-  
PLATTFORM FÜR PROTESTE GEGEN GEFLÜCHTETE  
IN BREMEN, HALLE UND STUTTGART



**ANNE LEISER, ÖZEN ODAĞ UND KLAUS BOEHNKE**

# **GEWALT IM DISKURS**

**SOZIALE MEDIEN ALS RADIKALISIERUNGS-  
PLATTFORM FÜR PROTESTE GEGEN GEFLÜCHTETE  
IN BREMEN, HALLE UND STUTTGART**

ANNE LEISER forscht seit 2011 zu Radikalisierungsprozessen und wirkte bereits an einer Fokusgruppen-Studie zum Thema Rechtsradikalismus mit. Ihre Doktorarbeit an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) gilt einem Thema der politischen Ikonographie im Internet, «Politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement in Online-Netzwerken». Hierbei untersucht sie, wie sich Menschen im Internet politisch engagieren. Sie hat «Digital Cultural Encounters» an der Jacobs University und «Psychologische Methodenlehre und Wissenschaftstheorie» an der Universität Bremen unterrichtet.

ÖZEN ODAĞ ist Medienpsychologin und hat unter anderem zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Mediennutzung gearbeitet. Ihr aktuelles Forschungsinteresse gilt der kulturvergleichenden Rezeptionsforschung sowie der Nutzung sozialer Medien im Kontext von Protesten und Massenbewegungen, Stichwort: Gezi-Park. Bis 2016 war sie Koordinatorin des Methodenzentrums der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS). Sie unterrichtete an der Jacobs University Bremen sowie der BIGSSS regelmäßig Kurse zu Methoden der empirischen Sozialforschung und ist eine ausgewiesene Expertin für «Mixed Methods». Seit August 2016 ist sie Professorin für Psychologie am Touro College Berlin.

KLAUS BOEHNKE ist Professor für Sozialwissenschaftliche Methodenlehre an der Jacobs University Bremen und Prodekan der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS). Er arbeitet seit über 30 Jahren im Bereich der Rechtsextremismusforschung und zu Themen der politischen Sozialisation. Zudem war er einige Jahre Sprecher der DFG-Forschergruppe «Neue Medien im Alltag» an der TU Chemnitz. Er ist seit 1972 Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und war von 2005 bis 2013 Vorsitzender des Forums Friedenspsychologie. Aktuell ist er unter anderem als Vorstandsmitglied des Vereins Wissenschaft & Frieden Mitherausgeber der gleichnamigen Zeitschrift.

## **IMPRESSUM**

STUDIEN 1/2017

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Januar 2017

Illustration Titelseite: Frank Ramspott/iStockphoto

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

# INHALT

Vorwort von Friedrich Burschel, Horst Kahrs und Henning Obens . . . . .	5
Abstract . . . . .	6
1 Einleitung . . . . .	7
2 Forschungsstand . . . . .	8
2.1 Aktuelle Forschung zum Thema «mediale Radikalisierung in der «Flüchtlingskrise»» . . . . .	8
2.2 Forschung zum Thema «Online-Radikalisierung» (ohne Bezug zur «Flüchtlingskrise»). . . . .	8
3 Methodische Anlage der aktuellen Studie . . . . .	10
4 Ergebnisse . . . . .	12
4.1 Allgemeine Ergebnisse Printmedien . . . . .	13
4.2 Allgemeine Ergebnisse soziale Medien . . . . .	15
4.3 Print- und Online-Medien im Vergleich. . . . .	19
4.4 Die Standorte im Vergleich. . . . .	20
4.5 Organisations- und Radikalisierungsprozesse . . . . .	21
4.6 Limitationen der vorgelegten Studie . . . . .	24
5 Diskussion und politischer Ausblick . . . . .	25
Literatur . . . . .	26
Appendix A – Anmerkungen zur Auswahl der Printmedien . . . . .	28
Appendix B – Anmerkungen zur Auswahl der Online-Medien. . . . .	31
Appendix C – Kategorienschema . . . . .	35
Appendix D – Codierungsverteilung . . . . .	38

## VORWORT

Die Bedeutung der neuen digital gestützten «sozialen Medien» für Aufkommen und Verlauf von Protestbewegungen wird spätestens seit dem «Arabischen Frühling» breit diskutiert. Über neue Kommunikationsmedien verbreiten sich Berichte und Kommentare in Echtzeit und nahezu schrankenlos. Soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter stellen eine neue Form der Vergemeinschaftung Gleichgesinnter dar, die die gefühlte Isoliertheit in der realen Welt des Dorfes, der Kleinstadt oder des Viertels aufhebt. Das treibt die politische Ökonomie der Datenkonzerne an, deren Wahrung Aufmerksamkeit in Form von Datenverkehr ist. Die verborgenen Algorithmen tragen zu einem wichtigen politischen Filtereffekt bei und konstruieren somit «Wirklichkeit». Es hat sich eine politische Debatte zu den so entstehenden «Echokammern» (*echo chambers*) entwickelt, in denen sich Mythen und Gerüchte, Fake-News und Hoaxes mit großer Geschwindigkeit und nahezu unkorrigierbar verbreiten und eigene Einstellungen zu bestätigen scheinen. Durch die Sprecherin des frisch inaugurierten US-Präsidenten Trump, Kellyanne Conway, haben diese hermetischen, kontrafaktischen Wunschräume im Januar 2017 mit dem Begriff der «alternative facts» im Grunde amtliche Weihen empfangen.

Nach den Wahlerfolgen der AfD bei den Landtagswahlen 2014 und dem Aufkommen der Pegida-Demonstrationen begann eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, über die Erfolgsbedingungen dieses neuen, durchaus populären Nationalismus und Autoritarismus aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu diskutieren. Eine zentrale Fragestellung richtete sich dabei auf die Rolle der sozialen Medien für die Formierung der Anhänger\*innen der neuen Partei und der außerparlamentarischen Gruppierungen. Mit der Mobilisierung gegen Aufnahmezentren und Wohnheime für Geflüchtete spitzte sich die Frage nochmals zu: Gibt es einen systematischen Zusammenhang zwischen den immer hemmungsloser werdenden Kommentaren und Äußerungen in den digitalen Medien und der Bereitschaft, tatsächlich gegen

Geflüchtete und ihre Unterbringung zu demonstrieren, Busse zu blockieren, Unterkünfte in Brand zu setzen und alltäglich rassistische Gewalt anzuwenden?

Wir stießen auf viele Vermutungen, einzelne Fallbeispiele und plausibel erscheinende Erklärungen, aber auf so gut wie keine wissenschaftlichen Studien zu diesen Fragen für Deutschland und wir entschlossen uns, eine eigene Studie mit einer angesichts der Mittel begrenzten Fragestellung in Auftrag zu geben und sozusagen wissenschaftliches Neuland zu betreten.

Die Erarbeitung der Studie haben Anne Leiser, Özen Odağ und Klaus Boehnke von der Bremen International Graduate School of Social Science (BIGSSS) übernommen. Wir bedanken uns bei ihnen für die fruchtbare Zusammenarbeit und für die über den ursprünglich vereinbarten Rahmen hinausgehende empirische Arbeit.

Zwischenzeitlich ist die nun vorliegende Studie nicht mehr die einzige wissenschaftliche Erkundung zu diesem Thema. Sie legt offen, wie komplex der Weg von Vermutungen zu wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen ist, und regt die wissenschaftliche Debatte über eine angemessene Methodik an. Und, vor allem: Sie enthält eine Reihe von Einsichten, die uns überrascht haben: So treten viele Kommentator\*innen unter Klarnamen auf, die in den sozialen Medien mögliche Anonymität scheint für das Äußern menschenfeindlicher Kommentare keine besondere Voraussetzung mehr zu sein. Oder: Es sollte nicht voreilig aus den Kommentaren in den digitalen Medien auf eine Ausweitung rechter Einstellungen geschlossen werden, es könnte auch sein, dass Bekenntnisse, die zuvor den Familienkreis oder den Stammtisch nicht verlassen haben, nun öffentlich abgelegt und eine neue Qualität der Verbreitung erleben.

Wir hoffen, dass die kritische Lektüre der Studie dazu beitragen wird, die Diskussionen über den Zusammenhang von gewaltsamen Diskursen, «realen» Gewalttaten und demokratischen digitalen Öffentlichkeiten voranzubringen.

Friedrich Burschel, Horst Kahrs und Henning Obens

## ABSTRACT

Die Bedeutung der sozialen Medien für die Entstehung, Formierung und Wirkung politischer Proteste und Gewalt wird seit geraumer Zeit heftig diskutiert. Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebene Studie «Soziale Medien als Radikalisierungsplattform für Proteste gegen Geflüchtete» sollte im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse prüfen, ob sich Zusammenhänge zwischen der Nutzung sozialer Medien und der Intensität von Protesten gegen Geflüchtete mit sozialwissenschaftlichen Methoden ermitteln und belegen lassen. Die Studie befasst sich mit Online-Protesten gegen Geflüchtete und mit der Frage, wie viel Radikalisierungspotenzial in Diskursen steckt, die in den sozialen Medien geführt werden, und ob dieses Potenzial auch in Formen kollektiver Gewaltaufrufe seinen Ausdruck findet.

An drei Standorten in Deutschland – Bremen, Halle (Saale) und Stuttgart – wurden Mediendokumente zu diesem Thema gesammelt. Zusätzlich zu den im Fokus stehenden Online-Dokumenten wurden zum Vergleich auch Printmedientexte in die Analysen einbezogen. Untersuchungszeitraum für Online-Medien war das gesamte Jahr 2016; die vergleichende Analyse von Printmediendokumenten bezog sich auf den Zeitraum zwischen Juni und September 2016. Auf der Basis eines für die Studie entwickelten Kategorienschemas wurden insgesamt 95 Online-Textdokumente, darunter 48 Gruppendiskussionen, von diversen Webseiten analysiert, daneben 297 Zeitungsartikel und Leserbriefe aus Printmedien. Insgesamt wurden 7.190 Codierungen in das Kategorienschema eingetragen.

Festzuhalten ist, dass das Thema Geflüchtete in Bremen sowohl in Online- als auch in Printmedien wesentlich weniger alarmistisch behandelt wurde als an den anderen beiden Standorten, wobei Stuttgart in Anteil und Emotionalität noch einmal deutlich über dem Standort Halle lag. Eine Bereitschaft, Hasskommentare zu posten, bestand an allen drei Standorten. Strafbare Inhalte (etwa im Sinne der Volksverhetzung) fanden sich in den sozialen Medien zuhauf. Insgesamt kommt die Studie aber zu dem Schluss, dass das Internet und die sozialen Medien zwar zu einer deutlichen Enthemmung in der Artikulation rassistischer und fremdenfeindlicher Positionen beitragen, dass die in die Untersuchung einbezogenen sozialen Medien für sich genommen aber nicht eindeutig Quelle einer Radikalisierung im Sinne konkreter Tatvorbereitung sind. Eine Radikalisierung und insbesondere die Organisation von (gewaltsamen) Protesten gegen Geflüchtete entstehen nicht allein durch das Vorhandensein der Möglichkeit, soziale Medien zu nutzen. Die neuen Medien erleichtern es jedoch interessierten individuellen und institutionellen Akteur\*innen aus dem rechten Spektrum, eine Radikalisierung in ihrem Sinne voranzutreiben und gegebenenfalls auch (gewaltsame) Proteste gegen Geflüchtete zu organisieren. Politisch betrachtet liegt die Gefahr einer Radikalisierung dieser Art nicht in dem Enthemmungsbeitrag, den die sozialen Medien in der Auseinandersetzung um den Umgang mit Geflüchteten leisten, sondern darin, dass sie die Kampagnenfähigkeit rechtsextremer und rechtspopulistischer Individuen und Organisationen stärken.

# 1 EINLEITUNG

In der öffentlichen Auseinandersetzung um fremdenfeindliche, oft rassistisch gefärbte Proteste gegen Geflüchtete in Deutschland spielt die Frage nach der Bedeutung der sozialen Medien eine zentrale Rolle: Die Frage «Ist das Internet schuld?» steht oftmals im Raum. Es ist nicht Aufgabe der hier vorgelegten Studie, den Forschungsstand zu diesem Thema aufzuarbeiten. Dies haben die Verfasser\*innen bereits an anderer Stelle – gezielt für jugendliche Nutzer\*innen der sozialen Medien – getan (Boehnke/Odağ/Leiser 2015). Hier steht vielmehr die Frage im Vordergrund, ob – und wenn ja wie – soziale Medien Radikalisierungsprozesse<sup>1</sup> begünstigen und ob die Kommunikation, die dort stattfindet, auch einen Beitrag zur Organisation von gewaltsamen Protesten leistet. Im Jahr 2015 fanden sich auf Facebook und anderen Plattformen vermehrt «Nein zum Heim»-Gruppen. Tragen diese oder ähnliche Gruppen zur Mobilisierung für Protestaktionen gegen Geflüchtete bei? Bilden sich auf diesen Seiten rechte «Parallelgesellschaften» und polarisieren sich dort Diskurse abseits der Mainstream-Gesellschaft? Oder rückt rechtes Gedankengut stattdessen weiter in die Mitte der Gesellschaft? Wo sind fremdenfeindliche Gedanken sagbar geworden, wo wird Gewalt toleriert und wie verändert sich durch die Nutzung sozialer Medien unsere Gesellschaft?

Es besteht ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die fortschreitende Digitalisierung die Art und Weise, wie Menschen miteinander kommunizieren, nachhaltig verändert hat. Dies gilt sowohl auf zwischenmenschlicher Ebene als auch im Selbstverständnis von Bürger\*innen gegenüber dem Staat. Es hat den Anschein, dass sich eine nennenswerte Anzahl von Bürger\*innen nicht mehr damit zufriedengibt, sich von Medien ausschließlich informieren zu lassen. Politisch engagierte und interessierte Menschen wollen sich in der Internetära an politischen Diskursen beteiligen und vor allem wollen sie von Vertreter\*innen gegenteiliger Positionen gehört und ernstgenommen werden (Rothmund/Otto 2016). Die Digitalisierung ermöglicht es Medienkonsument\*innen, sich nicht nur zu informieren, sondern aktiver an Prozessen mitzuwirken, von Medienkonsument\*innen zu Medienproduzent\*innen zu werden, zu «Produzern» (Bruns 2009; Schrape 2012). Als Bürger\*innen können sie das politische Geschehen in den sozialen Medien kommentieren, Artikel weiterleiten («sharen») und selbst Inhalte produzieren. Das eröffnet einen Spielraum, den es zuvor so nicht gab. Die traditionellen Medien vermögen es nicht, das Bedürfnis nach aktiver Teilnahme und aktivem Austausch in gleichem Maße zu erfüllen, wie die neuen Medien es tun. Stattdessen finden sich viele dieser Nutzer\*innen in Facebook-Gruppen oder anderen virtuellen Räumen mit Gleichgesinnten zusammen, wo sie sich austauschen können und Zugehörigkeit erfahren. Bei politischen Themen finden sie hier Menschen, die diskutieren, ihre Wünsche und Meinungen kundtun und sich im Zweifel organisieren sowie kollektiv handeln.

Die Forschung zu kollektivem Handeln zeigt, dass Zugehörigkeit (als soziale Identität) neben der Wahrnehmung von Ungerechtigkeit und Selbstwirksamkeit zentrale Katalysatoren für Mobilisierungsprozesse darstellen (Van Zomeren/Postmes/Spaars 2008). Auch im Internet scheinen diese drei Faktoren eine bedeutende Rolle zu spielen (Odağ/Uluğ/Solak 2016). Dem aktuellen Stand medienpsychologischer Forschung nach wird das im Internet geäußerte kollektive Interesse dann in «reales» Verhalten umgesetzt, wenn drei Faktoren zusammenkommen: (1) Menschen beschweren sich in sozialen Medien offenkundig über ungerechte Verhältnisse in der Gesellschaft, (2) erfahren ein großes Ausmaß an Zustimmung/formieren eine Gruppenidentität und (3) sehen sich als Gruppe dazu in der Lage, wahrgenommene Missverhältnisse effizient zu beheben. Dieses Zusammenwirken ist in der Literatur als «Social Identity Model of Collective Action» bekannt – und das Internet eignet sich offensichtlich besonders gut dazu, soziale Identitäten offenbar werden zu lassen.

Gleichzeitig wird oft eine Vertrauenskrise zwischen Bürger\*innen und Regierenden konstatiert, und Populismus ist nicht erst seit der «Flüchtlingskrise»<sup>2</sup> und nicht nur in Deutschland auf dem Vormarsch. Diesbezüglicher Frust entlädt sich in den sozialen Medien und richtet sich gegen Geflüchtete sowie gegen all diejenigen, die als Befürworter\*innen der Flüchtlingspolitik wahrgenommen werden. Doch handelt es sich hierbei tatsächlich um ein isoliertes Problem einer tiefsitzenden Feindschaft gegenüber als fremd wahrgenommenen Menschen und denjenigen, die sich mit diesen Menschen solidarisieren? Oder manifestiert sich hier ein Bruch, der innerhalb der Gesellschaft bereits seit Langem existiert?

Die hier vorgelegte Studie kann die aufgeworfenen Fragen sicher nicht vollends beantworten. Sie liefert empirisches Material und stellt dieses in den Kontext der Frage, ob und wenn ja wie *lokale* Print- und vor allem *lokal verortete* Online-Medien eine Radikalisierung im Kontext der «Flüchtlingskrise» begünstigen und ob sie einen Beitrag zur Organisation von Protesten gegen Geflüchtete leisten. Unsere Studie fokussiert dabei – im Sinne des von der Rosa-Luxemburg-Stiftung vergebenen Forschungsauftrags – auf die Standorte Bremen, Halle (Saale) und Stuttgart und bezieht ausschließlich Medieninhalte aus dem Jahr 2016 ein.

<sup>1</sup> Wir verzichten in diesem Bericht auf eine terminologische Auseinandersetzung mit dem Begriff Radikalisierung, der, wie auch der Begriff Extremismus, in der politikwissenschaftlichen Forschung kontrovers diskutiert wird, sondern verweisen auf Neumann (2013). <sup>2</sup> Wir setzen den Begriff Flüchtlingskrise in Anführungszeichen, weil zum einen der Begriff des Flüchtlings aus unserer Sicht nicht frei von negativen Konnotationen ist (wenn explizit von den nach Deutschland gekommenen Menschen die Rede ist, nutzen wir den Begriff des/der Geflüchteten) und weil zum anderen die unkommentierte Verknüpfung des Begriffs Flüchtling mit dem Begriff der Krise suggeriert, die gesellschaftliche Krise, die Deutschland zweifelsohne erlebt, sei eine von Geflüchteten herbeigeführte Krise. Der Rückgriff auf den häufig genutzten Begriff der «Flüchtlingskrise» erscheint uns jedoch sinnvoll, um eine zeitgeschichtliche Situation zu bezeichnen. Deshalb haben wir uns für die Setzung in Anführungszeichen entschieden.

## 2 FORSCHUNGSSTAND

### 2.1 AKTUELLE FORSCHUNG ZUM THEMA «MEDIALE RADIKALISIERUNG IN DER «FLÜCHTLINGSKRISE»»

Empirische Forschung, die sich mit der Rolle von Online- und Offline-Medien in einer möglichen Radikalisierung im Gefolge der «Flüchtlingskrise» auseinandersetzt, ist bisher rar. Zwar wird besonders in den traditionellen (Offline-)Medien immer wieder vor einem schleichenden Radikalisierungsprozess gewarnt, vor einer Verrohung der Gesellschaft, in der Gewalt sagbar, wenn nicht «machbar» geworden ist. Jedoch fehlt bisher eine systematische Dokumentation und Analyse dieses Prozesses. Dies scheint uns allerdings vor allem der Tatsache geschuldet, dass empirische Forschung immer einen Vorlauf braucht, der bisher für Forschung zum medialen Umgang mit der «Flüchtlingskrise» rein zeitlich noch nicht zur Verfügung stand. Es ist nämlich nicht so, dass es einen Forschungsstrang zum Thema *hate speech* nicht gäbe. Ein Beitrag von Jenness und Grattet hat das aus den USA stammende Konzept der *hate crimes* schon 2002 in den deutschsprachigen soziologischen Diskurs eingeführt. Online-Plattformen wie Facebook, YouTube und Twitter haben zudem inzwischen gemeinsam mit der Europäischen Kommission einen Verhaltenskodex für den Umgang mit illegaler «online *hate speech*» in Europa erarbeitet, in der Hoffnung, so eine rechtliche Grundlage für die Eindämmung von Hass-Rhetorik zu haben.

*Hate speech* und genauer genommen die zur Debatte stehende Radikalisierung Einzelner wird einer Reihe von unterschiedlichen Faktoren zugeschrieben, unter anderem der Anonymität im Netz und der Bildung von sogenannten *echo chambers* (engl. für Hallraum). Durch die Anonymität geschützt, lassen sich Nutzer\*innen – so der weit verbreitete Eindruck – zu Aussagen hinreißen, die sie offline nicht wagen würden, und in Räumen mit Gleichgesinnten hallen diese Aussagen wider, erhalten einen Resonanzboden und werden verstärkt (Vaccari 2012; Sunstein 2001). Wenn von Radikalisierung die Rede ist, ist allerdings von Anfang an zu fragen, ob es sich tatsächlich um einen Prozess der Radikalisierung politischer Orientierungen Einzelner handelt oder ob es hier nur um eine zunehmende Tendenz zur Veröffentlichung radikaler bzw. rechtspopulistischer Positionen geht, die auch vorher schon zum Orientierungsspektrum der betreffenden Nutzer\*innen sozialer Medien gehört haben.

*Echo chambers* werden weder bewusst von Nutzer\*innen inszeniert noch werden sie gezielt von Plattformanbieter\*innen bereitgestellt. Sie entstehen vielmehr in Interaktion mit Such- und Verbreitungsalgorithmen und werden durch die Kompartimentalisierung des Internets (vgl. Kohlmann 2011) begünstigt. Spätestens seit Einführung von interaktiveren Plattformen wie Facebook und YouTube werden Nutzer\*innen angehalten, Präferenzen anzugeben und Themen auszuwäh-

len, die sie interessieren. Hierzu werden zudem von den Plattformen Vorschläge gemacht, die algorithmisiert auf dem bisherigen Verhalten der Nutzer\*innen basieren, was dazu führt, dass Nutzer\*innen immer wieder in demselben «Kompartiment» des Internets bzw. der sozialen Medien landen. Diese Personalisierung hat einen Preis: Nicht zu Unrecht wird davon gesprochen, dass sich Internet-Nutzer\*innen jeweils in ihren eigenen Online-Filterblasen (*filter bubbles*) bewegen (Pariser 2011). Wenn allen Nutzer\*innen eine maßgeschneiderte Version von Suchergebnissen angezeigt wird, gibt es «das Internet» als solches nicht. Doch obwohl dieses Phänomen konzeptionell in der Medienwissenschaft, Psychologie und Politikwissenschaft durchaus bekannt ist, gibt es kaum empirische Forschung, die Belege für den beschriebenen Effekt liefert. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass es für unabhängige Forscher\*innen schwierig ist, an verlässliche Daten wie beispielsweise Profile von Facebook-Nutzer\*innen zu gelangen. Studien, die von oder in Zusammenarbeit mit sozialen Medien-Plattformen veröffentlicht wurden, finden einen relativ geringen Filterblasen-Effekt (vgl. Bakshy/Messing/Adamic 2015), geben aber gleichzeitig ihre Daten nicht frei.

Das Feld der Online-Radikalisierungsforschung im Zuge der «Flüchtlingskrise» ist bestenfalls unübersichtlich, eher muss man davon ausgehen, dass es noch keine Forschungsberichte in akademischen Publikationen gibt. Es ist deshalb notwendig, sich bei der Suche nach theoretischen Anknüpfungspunkten in verwandten Themengebieten umzusehen.

### 2.2 FORSCHUNG ZUM THEMA «ONLINE-RADIKALISIERUNG» (OHNE BEZUG ZUR «FLÜCHTLINGSKRISE»)

Die Autor\*innen der hier vorgelegten Studie haben vor etwa einem Jahr für das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in Halle (Saale) eine Expertise zum Thema «Neue Medien und politischer Extremismus im Jugendalter: Die Bedeutung von Internet und sozialen Medien für jugendliche Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse» erarbeitet (vgl. Boehnke/Odağ/Leiser 2015). Auch wenn diese Expertise explizit auf Jugendliche fokussiert war, lässt sich das von uns dort gezogene Resümee doch in weiten Teilen auf den Stand der Forschung zur Bedeutung des Internets und der sozialen Medien in Hinwendungs- und Radikalisierungsprozessen im Bereich des Rechtspopulismus, -radikalismus und -extremismus verallgemeinern. Es scheint gerechtfertigt zu konstatieren, dass die einschlägige Forschung in ihrer Gänze noch am Anfang steht. Eine Ausfertigung der DJI-Expertise ist auf Anfrage bei den Verfasser\*innen erhältlich.

Die allermeisten zum Thema Online-Radikalisierung vorgelegten Arbeiten sind entweder Arbeiten, in denen der Phänomenbereich Nutzungsverhalten mit Blick auf Mediencharakteristika (nicht auf Nutzungsmotive) im

Vordergrund steht, oder es handelt sich um normativ angelegte Arbeiten, die häufig plausible Annahmen über Hinwendungs- und Radikalisierungssequenzen aufzeigen, dann aber Fälle von radikalisierten Personen über Medienberichte zurückverfolgen, um dieses Material als Empirie auszuwerten. Die Befunde ähneln einem Flickenteppich. Dieser eher spärliche Forschungsstand im Bereich der Online-Radikalisierung ist dabei nicht einfach einer mangelnden Qualität der vorgelegten Arbeiten zuzuschreiben, sondern hat aus unserer Sicht vor allem zwei zentrale Ursachen:

Zum einen kann die Geschwindigkeit, mit der sich der Untersuchungsgegenstand verändert, dazu führen, dass Forschungskonzepte bereits überholt sind, wenn mit der eigentlichen Forschung begonnen wird. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn viel Zeit zwischen Forschungsantrag und -bewilligung vergeht. «Das Internet» und «die sozialen Medien» verändern sich aktuell so schnell, dass – zumindest bezogen auf die Nutzungsmodalitäten – Forschungsprojekte fast zwangsläufig hinterherhinken. Bezogen auf die aktuelle Studie ließe sich etwa fragen, ob hinsichtlich des Potenzials der sozialen Medien im Bereich von Organisationsprozessen inzwischen nicht die falschen Medien im Fokus der Studie standen, ob mittlerweile nicht Anbieter wie WhatsApp, Snapchat oder Telegram eine wesentlich wichtigere Rolle spielen als die schon etwas länger existierenden «klassischen» sozialen Medien wie Facebook oder YouTube.

Zum anderen ist zu konstatieren, dass Studien im Bereich der Extremismusforschung in der Regel unterfinanziert sind und typischerweise den Charakter von Feuerwehrforschung haben: Sie werden immer nur dann in nennenswertem Umfang finanziert, wenn etwas geschehen ist. Die Studie «Lebenswelten junger

Muslimen in Deutschland» (Frindte u. a. 2011) ist hierfür ein Beispiel: Sie wurde vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben, als 2007 die Sicherheitsbehörden plötzlich mit dem Phänomen der sogenannten Sauerland-Gruppe konfrontiert waren, einer Gruppe von Dschihadist\*innen, zu der auch in Deutschland geborene Migrant\*innen und autochthone Deutsche gehörten. Als dann offenbar wurde, dass der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) zehn Migrant\*innen ermordet hatte, ließ man die Studie wiederum Monate lang in der ministeriellen Schublade liegen.

Es gibt einige wenige Langzeitstudien wie die von Wilhelm Heitmeyer (2002) initiierte Studie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit («Deutsche Zustände») und deren Fortsetzung von Zick, Küpper und Krause (2016) («Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände») oder die Leipziger «Mitte»-Studien, («Die enthemmte Mitte», Decker/Kiess/Brähler 2016). Gleichzeitig haben diese Studien, wenn überhaupt, nur einen geringen längsschnittlich angelegten (also dieselben Personen wiederholt befragenden) Teil. Andererseits beziehen die großen laufenden Längsschnittstudien – wie etwa das Beziehungs- und Familienpanel «pairfam» (Huinink u. a. 2011) und das Nationale Bildungspanel NEPS – die Themenbereiche «Rechtsextremismus» und «Nutzung neuer Medien» nicht oder nur sehr peripher ein. Die Shell-Jugendstudie liefert schlaglichtartig immer wieder einige Einblicke, hat aber «Rechtsextremismus» und «Internetnutzung» auch noch nicht systematisch miteinander in Verbindung gebracht. Groß angelegte Längsschnittstudien, wie es sie in den 1980er (Silbereisen/Eyferth 1983) und 1990er Jahren (Boehne/Merkens 1990) gab, in denen politischer Extremismus zumindest eines der zentralen Themen war, gibt es aktuell nicht.

### 3 METHODISCHE ANLAGE DER AKTUELLEN STUDIE

Die hier vorgelegte Studie basiert auf einer umfassenden qualitativen Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln, Presseberichten, Leserbriefen sowie redaktionellen Beiträgen und Kommentaren aus verschiedenen Online- und Offline-Quellen. Um den deutschsprachigen Flüchtlingsdiskurs in seiner Heterogenität widerspiegeln zu können, wurden drei Standorte ausgewählt, auf die sich die Analyse konzentrierte. Einbezogen wurden die Diskurse aus einem eher strukturschwachen ostdeutschen Standort<sup>3</sup> (Halle/Saale), einem ökonomisch starken, süddeutschen Standort (Stuttgart) und einem ökonomisch eher schwächeren norddeutschen Standort (Bremen). Die Standorte unterscheiden sich nicht zuletzt durch die Anzahl an Geflüchteten, die in den Gebieten aufgenommen wurden. Gemessen an der Zahl der Einwohner\*innen ist Bremen (Einwohner\*innen: rund 551.000,<sup>4</sup> Geflüchtete: 10.000+<sup>5</sup>) der «Spitzenreiter» der drei Standorte, Halle (rund 238.000,<sup>6</sup> 4.000+<sup>7</sup>) steht an zweiter Stelle und Stuttgart (rund 602.000,<sup>8</sup> 5.400+<sup>9</sup>) an dritter.

Daten für die hier vorgelegte Studie wurden in zwei Schritten gesammelt: Im ersten Schritt wurden Texte aus lokalen Printmedien zusammengetragen, in einem zweiten Schritt dann Textdaten aus Online-Medien. Im Bereich der Printmedien wurden die auflagenstärksten Zeitungen an den jeweiligen Standorten einbezogen, und zwar sowohl Tages- und Wochenzeitungen als auch Anzeigenblätter. Hervorzuheben ist, dass wir nicht beanspruchen, hiermit eine sogenannte Vollerhebung durchgeführt zu haben. Die Printmedien stammen aus dem Zeitraum Juni bis September 2016. Eine vollständige Übersicht ist in Appendix A dokumentiert.

Aus den ausgewählten Printmedien wurden alle Artikel, Kommentare und Leserbriefe, in denen Geflüchtete thematisiert wurden, in die Inhaltsanalyse einbezogen. In eindeutigen Fällen kennzeichneten Schlagwörter wie «Flüchtling», «Migrant»<sup>10</sup> oder «Asylbewerber» die Artikel. In weniger eindeutigen Fällen wurde beispielsweise von einer erhöhten «Zuwanderung» gesprochen oder es gab einen Appell zu mehr «Integration», auch diese Artikel wurden aufgenommen. Aus der Analyse ausgeschlossen wurden Artikel über Geflüchtete außerhalb Deutschlands, es sei denn, es war ein direkter Bezug zur Situation in Deutschland ersichtlich. Auch wurden alle Artikel ausgeschlossen, die auf abstrakter Ebene Bezug auf die Flüchtlingspolitik nahmen, aber keine konkreten Aussagen zu Geflüchteten machten.

In einem zweiten Schritt wurde eine Online-Recherche durchgeführt, die sich auf eine Auswahl *öffentlich zugänglicher* Online-Zeitungen, Blogs, Foren und sozialer Medienplattformen bezog, soweit sie sich einem der drei Standorte zuordnen ließen. Geschlossene Foren und das sogenannte Darknet<sup>11</sup> waren explizit ausgeschlossen. Für die Inhaltsanalysen der Online-Medientexte wurde der Untersuchungszeitraum weiter

gefasst. Einbezogen wurden Funde aus der Zeit zwischen Januar und September 2016. Eine vollständige Übersicht ist in Appendix B zu finden.

Zunächst wurde wieder mit den Stichwörtern «Flüchtling», «Migrant» oder «Asyl» gearbeitet, was bei Online-Zeitungen und Blogs zielführend war. Doch mussten wir insbesondere bei den sozialen Medien feststellen, dass uns hier die «normalen» Suchbegriffe aufgrund der von den Medienplattformen genutzten Algorithmen nicht weiterhalfen. Eine Besonderheit von Plattformen wie Facebook ist es, dass sie Nutzer\*innen Suchvorschläge aufgrund des Profils und vorangegangener Suchen empfehlen. Hinzu kommt, dass sich regionale Facebook-Gruppen keine einheitlichen Namen geben, Nutzer\*innen also höchstens zufällig darauf stoßen oder durch persönliche Kontakte von solchen Gruppen erfahren. Um an diese Daten zu gelangen, nutzten wir einen Ansatz, der in der Methodologie als Triangulationsverfahren bekannt ist. Wir kontaktierten einerseits ortsansässige Personen, die wir baten, uns von solchen Online-Gruppen zu berichten. Zweitens recherchierten wir auf von uns als rechtspopulistisch eingeschätzten Blogs und Foren nach Verbindungen und Links zu Social-Media-Seiten. Drittens suchten wir nach einschlägig bekannten Stichworten und Phrasen wie «Nein zum Heim», «Asylterror» oder «Asylflut». Die Recherche wurde abgebrochen, wenn mehrere Recherchedurchläufe keine neuen Ergebnisse mehr lieferten (Saturierungspunkt). Die Nutzung verschiedener Startpunkte für unsere Recherche gibt uns die Zuversicht, dass wir eine gute Übersicht über die Diskurse in den Online-Medien gewonnen haben. Aus einer methodologischen Perspektive muss allerdings klar sein, dass letztlich sehr schwer einzuschätzen ist, ob wir alle einschlägigen Dokumente erfassen konnten.

Die Offline- und Online-Artikel wurden nach einem bei Schreier (2012) beschriebenen Ansatz der qualitativen Inhaltsanalyse mithilfe der Software MAXQDA analysiert. Hierfür wurde ein Kategoriensystem entwickelt, das teils deduktiv aus den Forschungsfragen abgeleitet wurde, teils induktiv den Daten entsprang. Das vollständige Kategoriensystem mit Textbeispielen

<sup>3</sup> Wenn von «Standorten» die Rede ist, so ist dies immer im Sinne von «Großraum» zu verstehen, da sowohl bei Offline-, insbesondere aber auch bei Online-Medien Kommunikationsprozesse nicht an administrativen Grenzen haltmachen. <sup>4</sup> [www.factfish.com/de/einwohnerzahl/stadt/bremen](http://www.factfish.com/de/einwohnerzahl/stadt/bremen) <sup>5</sup> [www.uni-bremen.de/fileadmin/user\\_upload/single\\_sites/zedis/dokumente/Materialien\\_Stadtforscher\\_2016/Zedis-Stadtforscher\\_2016-Flu\\_\\_chtlinge-Zugang\\_u.\\_Aufnahme\\_in\\_Bremen\\_\\_Sen.\\_f.\\_Soziales\\_aktuell\\_-BASISTEXT\\_A\\_.pdf](http://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/single_sites/zedis/dokumente/Materialien_Stadtforscher_2016/Zedis-Stadtforscher_2016-Flu__chtlinge-Zugang_u._Aufnahme_in_Bremen__Sen._f._Soziales_aktuell_-BASISTEXT_A_.pdf) <sup>6</sup> [www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Einwohner-mit-Hauptw-06101/](http://www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Einwohner-mit-Hauptw-06101/) <sup>7</sup> [www.halle.de/de/Verwaltung/Zielgruppen/Auslaender-und-Migranten/Fluechtlinge-in-Halle/](http://www.halle.de/de/Verwaltung/Zielgruppen/Auslaender-und-Migranten/Fluechtlinge-in-Halle/) <sup>8</sup> [www.stadtstuttgart.org/item/show/594720/1](http://www.stadtstuttgart.org/item/show/594720/1) <sup>9</sup> [www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.fluechtlinge-in-stuttgart-notunterkuenfte-statt-schulsport.df86ce4f-e7c6-437e-bd1e-7633a5864291.html](http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.fluechtlinge-in-stuttgart-notunterkuenfte-statt-schulsport.df86ce4f-e7c6-437e-bd1e-7633a5864291.html) <sup>10</sup> Auch wenn viele Migrant\*innen nicht als Geflüchtete nach Deutschland kommen und diese Begriffe nicht synonym verwendet werden sollten, wurden in den zu analysierenden Texten beide Begriffe oft gemeinsam verwendet. Wir entschieden uns daher im Zweifelsfall dafür, Texte, in denen von «Migrant\*innen» oder «Migration» die Rede war, miteinzubeziehen. <sup>11</sup> Im Gegensatz zum «offenen Internet» stellen Teilnehmer\*innen beim Darknet ihre Verbindungen untereinander manuell her. Nutzer\*innen können dadurch anonym bleiben und das Darknet kann nur schwer überwacht werden.

aus den Daten ist in Appendix C nachzulesen. Die Texte wurden von zwei unabhängigen Personen codiert,<sup>12</sup> wobei die Texte in der Anfangsphase im Konsensverfahren bearbeitet wurden (die Codierer\*innen einigten sich bezogen auf ein und denselben Text auf eine bestimmte Codierung). Wenn sich zeigte, dass sich eine Textsequenz in Rahmen des zu einem gegebenen Zeitpunkt vorgegebenen Kategoriensystems nicht codieren ließ, wurde eine Modifikation bzw. Anpassung des Kategoriensystems vorgenommen. So wurde beispielsweise die Dimension «Perspektive» mit den Kategorien «Verallgemeinerung» und «Persönliche Meinung» speziell für den Online-Kontext neu eingeführt. Über alle Kategorien hinweg hatten wir eine Interrater-Reliabilität von 87,57 Prozent, das heißt, dass fast neun Zehntel aller Textsegmente von den Mitarbeiter\*innen identisch codiert wurden.

An ausgewählten Stellen wurde die inhaltsanalytische Datenauswertung durch das Verfahren der Indexierung (Coffey/Atkinson 1996) erweitert. Während die Inhaltsanalyse vor allem für eine thematisch grö-

bere Auswertung verwendet wurde (siehe Appendix C), erlaubte die Indexierung eine feinere und offenerer Ausdifferenzierung der inhaltsanalytisch erfassten Themen. Inhaltsanalytisch wurde beispielsweise grob erfasst, ob es sich bei dem jeweiligen Zeitungs- oder Online-Datenmaterial um eine Aussage für oder gegen Geflüchtete handelte; mittels der Indexierung wurde dann genauer festgehalten, mit welcher spezifischen Begründung die Aussage gemacht wurde. Die Indexierung wurde vorgenommen, indem die inhaltsanalytisch beschriebenen Textstellen erneut gelesen und in Unterpunkte oder Aspekte der betreffenden inhaltsanalytischen Kategorie ausbuchstabiert wurden. Jeder dieser Unterpunkte entsprach dabei einem Index. Wir haben es vorgezogen, diese Indizes nicht als Unterkategorien in das inhaltsanalytische Kategoriensystem zu integrieren um (1) die Les- und Anwendbarkeit des Kategoriensystems nicht zu gefährden und (2) der Fülle des Datenmaterials möglichst effizient gerecht werden zu können. Im Folgenden stellen wir die verwendeten Indizes, wenn relevant, genauer dar.

<sup>12</sup> Wir danken an dieser Stelle Jonas Präfke und Torven Schalk herzlich für ihre Mitarbeit. Bei Lillian Lommel bedanken wir uns für ihre Unterstützung bei der Suche nach Online-Dokumenten. Die Recherche für diese Studie wurde ebenfalls von Nabila Khannoussa, David Leiser, Christian Hellwig, Wiebke Renken und Katharina Flenke unterstützt; bei letzteren Personen bedanken wir uns besonders herzlich, zumal ihre Unterstützung honorarfrei erfolgte.

## 4 ERGEBNISSE

Bevor wir auf die Daten eingehen und die in der Einleitung aufgeworfenen Forschungsfragen adressieren, ist es notwendig, zunächst einige allgemeine Beobachtungen zu dokumentieren, die sich im Laufe der Recherche ergeben haben.

Festzuhalten ist zunächst, dass das Thema Geflüchtete in allen Medien fast allgegenwärtig war. So fand sich das Thema zum Beispiel in nahezu jeder Zeitungsausgabe mehrfach wieder. Eine Ausnahme gab es nur in manchen Ausgaben der Anzeigenblätter, denen für redaktionelle Beiträge bei einer insgesamt geringen Seitenzahl vermutlich der Platz fehlte und die in der Regel einen strikt lokalen Fokus haben und folglich auf das Thema Geflüchtete nur eingingen, wenn es seinen Niederschlag unmittelbar in lokalen Gegebenheiten fand. Auch online fand sich viel Material zu Geflüchteten, allerdings war es für unser Forschungsteam anfangs schwierig, flüchtlingskritische Diskurse mit Ortsbezug ausfindig zu machen. Vereinswebseiten und Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten hingegen fanden sich zuhauf. Insbesondere in den sozialen Medien war es anfangs nicht leicht, öffentlich zugängliche Gruppen zu finden, die sich gegen Geflüchtete oder gegen Unterkünfte für Geflüchtete aussprachen. Ein Faktor war sicherlich, dass nicht alle Mitglieder dieser Gruppen ihre Meinungen öffentlich kundtun wollen. Ein anderer sind die bereits angesprochenen Suchalgorithmen, die uns das Auffinden der Gruppen erschwerten.

Auch haben wir festgestellt, dass es auf Facebook einige Gruppen gab, die seit geraumer Zeit nicht mehr aktiv waren. So gab es zum Beispiel auf der Seite «Keine Asylheime in Halle» bei 1.840 «Gefällt mir»-Angaben («Likes») seit November 2015 keine nennenswerten Aktivitäten mehr.<sup>13</sup> Ähnlich verhielt es sich mit der Gruppe «Nein zum Heim – Asylflut im Kreis Esslingen stoppen» im Großraum Stuttgart mit 279 «Gefällt mir»-Angaben und dem letzten Post der Seitenbetreiber\*innen vom 22. Februar 2016.<sup>14</sup> Zumindest dem ersten Anschein nach sind mit dem Rückgang der Ankunftsahlen von Geflüchteten in Deutschland auch die – mediendokumentierten – Proteste gegen Geflüchtete zurückgegangen, ebenso wie das Engagement in Flüchtlingsinitiativen, wie der *Weser-Kurier* berichtete («Engagement lässt nach», *Weser-Kurier*, 15.8.2016). Die Gründe für diese Entwicklung sind aus der bisherigen Analyse nicht ersichtlich. Gewisse Ängste scheinen weiterhin zu bestehen, jedoch scheint ein Wandel stattgefunden zu haben, der sich in einer Abschwächung an Protesten in einigen sozialen Medien widerzuspiegeln scheint.

Zweitens ist uns aufgefallen, dass das Thema «Sicherheit» sehr häufig angesprochen wurde. Da das Attentat von Nizza am 14. Juli 2016 in den Untersuchungszeitraum fiel, wurde auch in Zeitungsartikeln, die von Sommerfesten, Volksfesten und Umzügen be-

richteten, das Thema Sicherheit diskutiert, nicht selten auch mit Bezug auf die mögliche Gefahr, die von Terrorist\*innen, vermeintlich als Geflüchtete getarnt, ausgehen könnte. Allerdings waren die regionalen Unterschiede diesbezüglich groß: In Halle (Saale) wurde das Thema Sicherheit in fast jedem Artikel zu einem solchen Fest erwähnt. Zudem wurde vor dem Laternefest (größtes Volksfest in Halle) eine Katastrophen-Warn-App eingeführt, die Bürger\*innen gegebenenfalls vor Gefahren warnen sollte. Im direkten Vergleich dazu hat weder Bremen mit seiner jährlich stattfindenden «Breminale», die in den Untersuchungszeitraum fiel, noch Stuttgart in Bezug auf den «Cannstatter Wasen» gleichermaßen viel Aufhebens um Fragen der Sicherheit gemacht. In Stuttgart war ebenfalls eine Notfall-App im Gespräch, doch wurde das Thema nicht so ausführlich besprochen.

Drittens ist uns bei der Durchsicht des Online-Materials etwas aufgefallen, das wir nicht erwartet hatten: Überregionale rechtsextreme Foren und Blogs wie «Politically Incorrect» ([www.pi-news.net](http://www.pi-news.net)) oder «Asylterror» ([www.asylterror.com](http://www.asylterror.com)) nutzten sehr häufig Mainstream-Online-Zeitungen als Quellen für ihre eigene Berichterstattung, jedoch wurden die Fakten so ausgelegt, dass sie in das (politisch) rechte Bild der Verfasser\*innen solcher Seiten passten. Wurde zum Beispiel in einer Mainstream-Zeitung von einer Straftat berichtet, bei der die Täter\*in einen Migrationshintergrund hatte, wurde dies auf derartigen Seiten als Grundlage für Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund genommen. Insbesondere die Zeitungen aus dem Stuttgarter Raum (*Stuttgarter Nachrichten* und *Stuttgarter Zeitung*) fanden sich häufig wieder; Artikel aus dem *Weser-Kurier* wurden hingegen nicht aufgegriffen. Woran das liegt, konnten wir nicht herausfinden. Die Leser\*innen der Seiten «Politically Incorrect» oder «Asylterror» sind ausweislich der Kommentierungsspalten überregional verteilt, auch wenn Artikel regionale Bezüge haben. Häufig werden Letztere nur als Beispiel und Aufhänger herangezogen, um zu verdeutlichen, dass «Probleme» überall in Deutschland, ja in ganz Europa bestehen. Wir konnten nicht zurückverfolgen, wer und mit welcher Absicht Artikel aus dem Raum Stuttgart auf solchen Seiten veröffentlicht hat.<sup>15</sup> Dieser Befund hat zu der Entscheidung geführt, alle überregionalen Blogs und Foren aus der Analyse auszuschließen. Diese Studie befasste sich, wie gesagt, ausschließlich mit der Rolle lokaler Medien in Organisations- und Radikalisierungsprozessen.

<sup>13</sup> Stand: Oktober 2016. <sup>14</sup> Stand: Oktober 2016. <sup>15</sup> Wir würden spekulieren wollen, dass dieser von uns eher nicht erwartete Befund dafür spricht, dass es sich bei den Macher\*innen von Webseiten wie «Politically Incorrect» um Personen mittleren bis höheren Alters handelt, die dem gebildeteren Segment der Bevölkerung entstammen und zu deren täglichen Gewohnheiten es gehört, Mainstream-Tageszeitungen zu lesen.

In Printmedien ist auch die Platzierung von Artikel von Bedeutung. Steht beispielsweise ein Artikel über Geflüchtete direkt neben einem Artikel zu wachsender Kriminalität oder einem Artikel über die NPD, ist dies unter Umständen keiner redaktionellen Absicht geschuldet, kann bei Leser\*innen aber dennoch dazu führen, dass sie beide Themen miteinander in Verbindung bringen. Diese zumindest merkwürdig zu nennende Platzierung von Artikeln fand sich in mehreren Zeitungen, doch aufgrund des Fokus der Studie auf Inhalte haben wir keine Analyse nichtsemantischer Merkmale unseres Datenmaterials vorgenommen.

#### 4.1 ALLGEMEINE ERGEBNISSE PRINTMEDIEN

Es wurden insgesamt 297 Zeitungsartikel, Leserbriefe und Kommentare aus Printmedien in unsere Analyse einbezogen, die einen Zusammenhang zu Geflüchteten herstellten. Aus Bremen wurden 22 Zeitungen, das entsprach 434 Seiten, gesichtet und 100 Texte identifiziert. Aus Halle (Saale) wurden 21 Zeitungen, das entsprach 432 Seiten, gesichtet und 73 Texte identifiziert. Aus Stuttgart wurden 19 Zeitungen, das entsprach 428 Seiten, gesichtet und 124 Texte identifiziert. Auf den ersten Blick ist also bemerkenswert, dass die von uns einbezogenen Printmedien aus Stuttgart knapp doppelt so häufig über Geflüchtete berichteten wie die aus Halle,<sup>16</sup> obwohl Stuttgart laut vorliegenden Schätzungen (s. o.) die wenigsten Geflüchteten aufgenommen hat. Gleichzeitig gilt festzuhalten, dass Stuttgart einen weitaus höheren Ausländeranteil als die anderen beiden Standorte hat.<sup>17</sup> Auch ist anzumerken, dass in Halle der Ausländeranteil in den letzten neun Jahren am deutlichsten angestiegen ist. Auch diese Rahmenbedingungen mögen das mediale Interesse am Thema Geflüchtete beeinflusst haben.

Um sich ein genaueres Bild der Häufigkeiten zu machen, muss man zwischen Zeitungsartikeln und Leserbriefen unterscheiden. Für den Standort Bremen wurden 5 Leserbriefe mit Bezug zum Thema Geflüchtete identifiziert, für den Standort Halle 9 Leserbriefe und für den Standort Stuttgart 31 Leserbriefe. Allerdings müssen wir unterstreichen, dass die hier vorgelegte Studie qualitativer Natur ist und unsere Textquellen keine repräsentative Zufallsstichprobe darstellen: Es geht um den Gehalt von Texten, nicht um deren Häufigkeit. Somit stellen unsere Zahlen nur grobe Richtwerte dar. Wir wollten anhand von Zeitungsartikeln als auch von Leserbriefen herausfinden, worüber vonseiten der Journalisten\*innen zum Themenkomplex Geflüchtete berichtet wird und welche Argumente von Leser\*innen auf welche Weise aufgegriffen werden.

In der Analyse begannen wir zuerst damit, die unterschiedlichen Textarten (Artikel, Kommentare, Leserbriefe) inhaltlich zu sortieren. Wir wenden uns nachfolgend zunächst den redaktionellen Beiträgen von Offline-Medien zu. Die Zeitungsartikel konnten inhaltlich wie folgt indexiert werden, wobei sich die Indizes über alle Publikationen und Standorte hinweg wiederfanden:

1) Artikel adressiert Geflüchtete oder Ehrenamtliche und macht auf Initiativen vor Ort aufmerksam, z. B. auf Angebote für Deutschkurse oder die Suche nach Gastfamilien für unbegleitete minderjährige Migrant\*innen.

2) Artikel lobt Initiativen vor Ort, z. B. «Flüchtlinge kochen für Obdachlose» (Weser-Report, 17.8.2016) oder «Immer mehr Flüchtlinge leisten Freiwilligendienst» (Stuttgarter Nachrichten, 8.8.2016).

3) Artikel stellt fest, dass sich durch Geflüchtete Dinge verändert haben, dass z. B. ein starker Bevölkerungszuwachs, ein Ausbau der Betreuung an Schulen oder ein starker Bauboom in Deutschland durch das Mehr an Flüchtlingsunterkünften zu verzeichnen sind.

4) Artikel befasst sich mit den Themen Sicherheit und Integration. Meist geschieht dies mit einem regionalen Fokus. Beispiele hierfür sind Berichte über ein vermehrtes Polizeiaufgebot auf Volksfesten, Kriminalitätsstatistiken vor Ort, Fahrraddiebstähle oder Diskussionen zur Integrationsbereitschaft Geflüchteter.

5) Artikel befasst sich mit Sicherheit in Bezug auf Geflüchtete und Flüchtlingspolitik, meist geschieht dies mit einem überregionalen Fokus. Hierbei geht es z. B. um sogenannte Obergrenzen für Geflüchtete, das Burka-Verbot, Religionsfreiheit, Demokratieverständnis in Deutschland, Terrorismus oder Radikalisierung.

6) Artikel berichtet über Einzelfälle, z. B. über Geflüchtete und ihre Ankunft in Deutschland oder die Aktion von Diether Dehm, einen jungen, afrikanischen Geflüchteten von Italien nach Deutschland zu bringen («Abgeordneter schmuggelt Flüchtling», Mitteldeutsche Zeitung, 12.9.2016). Teilweise haben diese Berichte ein Interviewformat oder nehmen im Feature-Format eine ganze Seite ein.

7) Artikel erwähnt Geflüchtete lediglich im Nebensatz, z. B. heißt es in einem Artikel über Zucker: «Vor allem Migranten und Menschen mit wenig Schulbildung verstünden die komplizierten Angaben auf den Flaschen nicht» («Das süße Gift», Mitteldeutsche Zeitung, 25.8.2016).

Die überwältigende Mehrzahl der Artikel war in einem neutralen Ton verfasst; sehr selten fanden sich Formulierungen oder Beschreibungen von Vorkommnissen, die von dieser Grundtendenz abwichen. Ein solches Beispiel war ein Artikel über Trickdiebstähle, in dem Folgendes berichtet wurde: «Der Fall ist für die Polizei ungewöhnlich: Die Taschendiebstähle unter Nachtschwärmern wurden nicht, wie sonst sehr häufig, von Gruppen aus dem Maghreb verübt – sondern von jun-

<sup>16</sup> In Bremen ist das Verhältnis 100 zu 434, das heißt jede 4,34 Seiten werden Geflüchtete einmal erwähnt. In Halle (Saale) ist das Verhältnis 73 zu 432, das heißt jede 5,92 Seiten werden Geflüchtete einmal erwähnt. In Stuttgart ist das Verhältnis 124 zu 428, das heißt jede 3,45 Seiten werden Geflüchtete einmal erwähnt. <sup>17</sup> Im Jahre 2006 verzeichnete Bremen einen Ausländeranteil von 12,9 Prozent, im Jahre 2014 von 13,6 Prozent ([www.statistik.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen65.c.2056.de](http://www.statistik.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen65.c.2056.de)). Im Jahr 2006 verzeichnete Halle (Saale) einen Ausländeranteil von 3,9 Prozent, im Jahre 2015 von 7,3 Prozent ([www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Einwohner-mit-Hauptw-06101](http://www.halle.de/de/Verwaltung/Statistik/Bevoelkerung/Einwohner-mit-Hauptw-06101)). Im Jahre 2006 verzeichnete Stuttgart einen Ausländeranteil von 21,9 Prozent, im Jahre 2014 von 23,6 Prozent ([http://service.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6969\\_1.PDF](http://service.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/6969_1.PDF); [http://service.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/10661\\_1-Faltblatt\\_Stuttgarter\\_Einwohnerdaten\\_Ausgabe\\_2015.PDF](http://service.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/10661_1-Faltblatt_Stuttgarter_Einwohnerdaten_Ausgabe_2015.PDF)).

gen Männern aus Gambia» («Trickdiebe in Schlossgarten gefasst», Stuttgarter Zeitung, 5.8.2016). In Leserbriefen aus der gleichen Zeitung fand sich das Argument der kriminellen Nordafrikaner gleich mehrmals wieder. Im Vergleich dazu wurde in einem Artikel aus dem *Weser-Kurier* vom 17. Juli 2016 in Bezug auf unbegleitete minderjährige Geflüchtete berichtet: «Ansonsten falle die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen in großen Teilen nicht herausragend durch Kriminalität auf, so der Polizeisprecher.» Der Artikel trug außerdem die Unterüberschrift «Weniger Straftaten von Flüchtlingen»; er wurde weder in Leserbriefen noch in Online-Medien aufgegriffen.

Ein anderer Artikel berichtete über vermehrte Ausschreitungen im Rotlichtviertel und schrieb dies im Fließtext mehreren Faktoren zu. Der eingeblockte Zwischentitel lautete allerdings: «Polizei sieht Zustrom der Flüchtlinge als Grund für die Zunahme der Probleme» (Stuttgarter Zeitung, 11.8.2016). Dieses Thema wurde aufgegriffen, in diesem Fall auf rechtspopulistischen Online-Seiten, die auch in unserer Online-Recherche vorkamen. Während solche Formulierungen nicht zwingend mit einer fremdenfeindlichen Grundhaltung in Verbindung gebracht werden müssen, lieferten sie dennoch Zündstoff für gewisse «besorgte» Bürger\*innen, die sich online oder in Leserbriefen äußerten.

Mit Blick auf die potenzielle Eignung von Texten in Printmedien für die Verbreitung in (politisch) rechten Online-Kontexten konnten wir noch eine weitere Beobachtung machen: Nur die *taz Bremen* verwendete den Begriff «Geflüchtete», etwa in einem Artikel über Hannovers Rechtspopulist\*innen, in dem stand: «Im Rat habe die Wählergemeinschaft Stimmung gegen Geflüchtete und Muslime gemacht» («Rechte machen es mit links», *taz.nord*, 11.8.2016). Außerdem wurde in allen *taz*-Ausgaben – im Gegensatz zu allen anderen Offline-Medien – gegendert, wie es neudeutsch heißt (so wird etwa von «EU-BürgerInnen» gesprochen). Eine Zitation der *taz* in rechten Online-Medien konnten wir nicht finden.

Die Gesamtschau auf alle analysierten Offline-Texte legt den Eindruck nahe, dass es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Printmedien in der Sorgfalt ihrer Wortwahl und im Umgang mit gewissen Stilmitteln gibt, mit der Konsequenz, dass sich einige Printmedien häufiger auf rechtspopulistischen Webseiten wiederfanden als andere. Wir sehen nicht so sehr eine direkte Affinität der redaktionellen Texte zu rechtem Gedankengut als Grund hierfür, sondern vermuten die Ursache in einem laxen Umgang mit der Hervorhebung gewisser Zitate und mit der Auswahl von Überschriften oder Zwischentiteln. Dies bot Leser\*innen Projektionsmöglichkeiten und erleichterte die Zweckentfremdung von Artikeln in einem (politisch) rechten Kontext.

Nach den redaktionellen Beiträgen bildeten Leserbriefe den zweiten Fokus unserer Analysen. Auch die Leserbriefe wurden inhaltsanalysiert und indiziert. Je-

doch wurde schnell deutlich, dass bei Leserbriefen regelmäßig mehrere Themen zusammenfließen und sich diese nicht so deutlich voneinander abgrenzen ließen, wie dies bei den Zeitungsartikeln und Kommentaren möglich war. Nichtsdestotrotz haben wir die Inhalte aufgeschlüsselt und uns insbesondere auf die Begründungen konzentriert, mit denen Haltungen gegen Geflüchtete untermauert wurden. Diese ließen sich im Großen und Ganzen drei Hauptthemen zuordnen:

1) Leser\*in bemängelt die Sicherheit in Deutschland, zum Beispiel: «Unsere Menschen haben Angst. [...] Sie haben es satt, weiterhin den ›Wir schaffen das‹-Tiraden einer Frau Merkel zu lauschen» («Menschen haben Angst», *Mitteldeutsche Zeitung*, 23.8.2016). Oder: «Mit einer Axt, einer Machete oder einem Rucksack voll Sprengstoff: Die blutigen Dramen innerhalb weniger Tage zeigen, wie dramatisch die deutsche Willkommenspolitik gescheitert ist. Die Regierung hat die Kontrolle über ihre Gäste verloren» («Die Kontrolle verloren», *Stuttgarter Zeitung*, 30./31.7.2016).

2) Leser\*in fühlt sich Geflüchteten gegenüber finanziell benachteiligt, zum Beispiel: «Außerdem hat bisher noch keine Partei Antwort auf die Frage gegeben, woher plötzlich die Millionen Euro für die Flüchtlinge gekommen sind, die vorher nicht für uns da waren» («Antworten fehlen», *Mitteldeutsche Zeitung*, 12.9.2016). Oder auch: «Ich möchte nicht in die rechte Ecke gestellt werden, aber es ist unerträglich, dass unsere Neubürger so im Fokus stehen, finanziell alles für sie getan wird und wir mit Rentenanpassung immer wieder hintenangestellt werden» («Schäuble zeigt Zynismus», *Mitteldeutsche Zeitung*, 8.9.2016).

3) Leser\*in kritisiert Verlust der deutschen Kultur, zum Beispiel: «Man möchte nicht durch seinen Heimatort gehen und glauben, man sei in einem arabischen Land im Urlaub. Verschleierung passt eben nicht in unser Stadtbild» («Antworten fehlen», *Mitteldeutsche Zeitung*, 12.9.2016).

An dieser Stelle sei erwähnt, dass es auch Leserbriefe gab, die sich ausdrücklich für Geflüchtete aussprachen. Es gab durchaus gemäßigte Stimmen, die für ein allseitiges Aufeinanderzugehen plädierten, einige prangerten beispielsweise an, dass es für Geflüchtete schwierig sei, an Praktikums- oder Ausbildungsplätze zu kommen. Jedoch waren diese Stimmen in dem von uns ausgewerteten Material in der Minderheit. Auch gab es Leserbriefe, die eine vorsichtige Kritik an der Flüchtlingspolitik formulierten, so zum Beispiel, dass zwar integrationswillige Geflüchtete aus Kriegsgebieten aufgenommen werden könnten, aber kriminell auffällige Geflüchtete schneller ausgewiesen werden müssten, da man so «friedliche Flüchtlinge fördern» würde. Da sich diese Studie jedoch mit Radikalisierungsprozessen befasst, fokussierten wir auf Verfasser\*innen, die eindeutig und vehement negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten artikulierten. Die Mehrzahl der Leserbriefe beschäftigte sich mit dem Thema Sicherheit. Sie war, wie erwähnt, auch ein prominentes Thema in den ausgewerteten Zeitungs-

artikeln. Wir fanden somit eine Art Wechselwirkung zwischen Artikeln und Leserbriefen, denn durch die Thematisierung von Sicherheit wurde die Angst vor Terrorismus für viele Leser\*innen eine reale Gefahr im Alltag. Das Sicherheitsthema zog sich wie ein roter Faden durch redaktionelle Berichte und die Argumente der Leser\*innen. Vor allem in Leserbriefen, gelegentlich auch in redaktionellen Beiträgen, stellte die als bedrohlich empfundene Sicherheitslage die Grundlage für Argumente gegen eine weitere Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland dar.

#### 4.2 ALLGEMEINE ERGEBNISSE SOZIALE MEDIEN

Aus den Online-Medien wurden insgesamt 95 Texte mit Bezug zum Thema Geflüchtete in unsere Analysen einbezogen; 48 davon waren mit Kommentaren versehen. Alle Texte mussten einen Ortsbezug zu einem der drei Standorte aufweisen. Die Texte waren zum Teil Online-Zeitungsartikel, Blogartikel, Kommentare unter YouTube-Videos, Pressemitteilungen der Polizei, Einträge auf Webseiten der Stadt oder Diskussionen in Facebook-Gruppen. Der Großteil der Daten stammte aus Online-Zeitungen oder Facebook-Gruppen. Wir brachen die Datensammlung ab, sobald wir feststellten, dass sich Diskussionen in Online-Foren nur noch mit einigen wenigen Mitgliedern fortsetzten, die Diskussionen vom Thema abdrifteten oder keine neuen Argumente hinzukamen.<sup>18</sup>

Aus Bremen wurden 28 Texte von 9 Webseiten einbezogen, 10 davon mit Kommentaren. An diesem Material ließen sich 139 separate Textteile unterscheiden, die als «Verfasser\*in Privatperson» codiert wurden, und 22 Beiträge, die als «Verfasser\*in institutionell» codiert wurden. Aus Halle (Saale) wurden 33 Texte von 9 Webseiten einbezogen, 20 davon mit Kommentaren. An diesem Material ließen sich 283 separate Textteile unterscheiden, die als «Verfasser\*in Privatperson» codiert wurden, daneben 27 Beiträge, die als «Verfasser\*in institutionell» codiert wurden. Aus Stuttgart wurden 34 Texte von 14 Webseiten einbezogen, 18 davon mit Kommentaren. An diesem Material ließen sich 493 separate Textteile unterscheiden, die als «Verfasser\*in Privatperson» codiert wurden, und 29 Beiträge, die als «Verfasser\*in institutionell» codiert wurden. Die hohe Zahl an unterscheidbaren separaten Textteilen ergab sich daraus, dass auf den einbezogenen Webseiten ein Text oft mit einer höheren Zahl von Kommentierungen verknüpft war, für die es sich anbot, sie als separate Teildokumente zu codieren.

Für die Daten der Online-Medien wurden insgesamt 7.190 Codierungen vorgenommen (1.123 für die Beiträge aus Bremen, 2.337 für die Beiträge aus Halle und 3.730 für die Beiträge aus Stuttgart). Es fällt auf, dass sich 15,6 Prozent der Codierungen auf bremische Texte, 32,5 Prozent auf hallesche Texte und immerhin 51,9 Prozent auf Stuttgarter Texte verteilen lassen. Wir sehen den Grund hierfür darin, dass Bremer Nutzer\*innen der analysierten Webseiten

nur eine schwach ausgeprägte Tendenz hatten, die Kommentar-Funktion zu nutzen. Bei Bremens auflagenstärkster Zeitung, dem *Weser-Kurier*, gab es für Nicht-Abonnant\*innen ein monatliches Artikel-Limit, Kommentare waren nur für registrierte Nutzer\*innen möglich.<sup>19</sup> Für den Standort Bremen war es zudem grundsätzlich schwierig, einschlägige Facebook-Gruppen zu finden, die sich gegen Geflüchtete aussprachen; wir konnten diese nur für den Stadtbezirk Bremen-Nord ausmachen. Auch fanden wir keine weiteren Online-Quellen wie Blogs oder private Webseiten mit eindeutigem Regionalbezug, die sich gegen Geflüchtete wendeten. Dies bedeutet für sich genommen nicht, dass es solche Webseiten nicht gibt; sie sind aber – falls es sie geben sollte – außerordentlich schwierig aufzufinden. Wir gehen allerdings davon aus, dass in Bremen als Bundesland mit ununterbrochen SPD-geführter Regierung seit 1946 (und der Repräsentanz von Grünen in der Bürgerschaft in neun Wahlperioden und von KPD/DIE LINKE in sieben Wahlperioden seit dem Zweiten Weltkrieg) ein grundlegend anderes Meinungsklima herrscht als an den anderen beiden Standorten. Da sich dieser Trend – weniger Fremdenfeindlichkeit in Bremen – auch in den Printmedien, insbesondere den Leserbriefen, beobachten ließ, gehen wir davon aus, dass es in Bremen schlichtweg weniger Proteste gegen Geflüchtete in Print- und Online-Medien gab und dass es sich nicht um eine Konsequenz einer Bremen-spezifischen defizitären Suchstrategie handelt. Durch die nicht zufallsgesteuerte Auswahl der Beiträge und unterschiedlichen Quellen (kein «Random-Probability-Sampling») können die Zahlen vorgefundener flüchtlingsfeindlicher Medieninhalte zwar nicht direkt miteinander verglichen werden. Nichtsdestotrotz gehen wir davon aus, dass sich Diskussionen an den drei Standorten unterschiedlich manifestierten; zu einem detaillierten Vergleich der drei Standorte später mehr. Die ausführlichen Daten können in den Tabellen in Appendix D nachgelesen werden. Nachfolgend möchten wir zunächst – erneut im Sinne der Schilderung einiger Impressionen – etwas näher auf Auffälligkeiten der Online-Inhalte eingehen und dann die daraus resultierenden Kategorien und Dimensionen beschreiben.

Insgesamt fiel in den Texten, vor allem in den Kommentaren und den nichtneutralen Online-Artikeln, die explizite Verwendung von Begriffen auf, die einer völkischen Tradition entstammen. Teilweise wurden Begriffe aus der rechtsextremen Szene entlehnt und auf das Flüchtlingsthema angewendet. Vor allem der Gegen-

<sup>18</sup> Maximal füllten wir pro gefundenem Text fünf Standard-Word-Dokument-Seiten. <sup>19</sup> Im Vergleich hierzu war es bei der Online-Ausgabe der *Mitteldeutschen Zeitung* etwas leichter, sich einzuloggen, da eine Anmeldung über einen Facebook-, Twitter- oder Google-Account möglich war. Bei der *Stuttgarter Zeitung* wurde die Kommentarfunktion ab dem 3. August 2016 geändert, sodass Leser\*innen danach nur noch bei Vorhandensein eines registrierten Accounts Kommentare abgeben konnten. Zudem war die Kommentarfunktion nur für ausgewählte Artikel freigeschaltet. Unsere Recherche bezog sich auf den Zeitraum vor dieser Änderung, deshalb lassen sich die von uns gefundenen Diskussionen im Kommentarsegment eines Artikels in der von uns vorgefundenen Form in den Online-Zeitungen aktuell nicht mehr finden.

satz «Gutmensch» und «Schlechtmensch» trat häufig auf. Andere Beispiele sind «Schadnager» oder «Rattenzüchter», die zeigen, dass Wörter mit negativem Bezug auf Geflüchtete oder Befürworter\*innen der aktuellen Flüchtlingspolitik angewendet wurden. Des Weiteren fiel auf, dass die Argumentation umso vorurteilsbehafteter war, je negativistischer die allgemeine Wortwahl war. Dieses Phänomen fand sich nicht nur in Bezug auf die eigentliche Thematik (Geflüchtete), sondern auch hinsichtlich des Umgangs der Kommentator\*innen untereinander. Insbesondere im Verlauf von Diskussionen fanden sich zunehmend mehr Beleidigungen in den ausgewerteten Beiträgen.

Darüber hinaus stellten wir fest, dass Kommentator\*innen in Diskussionen oft sehr schnell von dem zuvor kommentierten Thema abwichen. Der Bezug zum ursprünglich geposteten Text war häufig nicht mehr ersichtlich, und Diskussionen verstrickten sich in Streitigkeiten um andere Themen wie «Merkel», «den Staat» oder «die Rüstungsindustrie». Schnell war der Punkt erreicht, an dem Verschwörungstheorien vorgebracht wurden. Dabei setzten Kommentator\*innen das Thema Geflüchtete oft in einen erweiterten politischen Kontext. So wurden etwa außenpolitische Gründe ins Feld geführt: «Das Ausland» habe «die Flüchtlingskrise» herbeigeführt, um Deutschland zu schaden. Wenn derartige Diskussionen auf einem neutraleren Portal stattfanden, kam es vor, dass die ursprünglichen Berichterstatter (z. B. die Zeitung, auf deren Facebook-Seite die Diskussion stattfand) im Laufe der Diskussion mitwirkten und auf den eigentlichen Inhalt des Originaltextes hinwiesen, oft jedoch ohne Erfolg. Hitze Diskussionen entwickelten somit eine Art Eigenleben und verselbstständigten sich ab einem gewissen Punkt völlig. Aufgrund dieser Verselbstständigung brachen wir die Datensammlung an dem Punkt ab, an dem nicht mehr Bezug auf das ursprüngliche Thema genommen wurde. Die Diskussionen hatte dann regelmäßig nur noch einige wenige Teilnehmer\*innen.

Um unsere allgemeinen Eindrücke in inhaltsanalytischen Kategorien ausdrücken zu können, arbeiteten wir mit der Dimension «Valenz», die uns durch die Kategorien «positiv», «neutral» und «negativ» erlaubte, die Beiträge und Kommentare zu bewerten. Außerdem war es notwendig, die Debattenkultur in den Kommentarspalten einschätzen zu können. Diese Notwendigkeit führte zur Einführung des Codes «Debatte» mit den Kategorien «Zustimmung» und «Widerspruch». Diese beiden Kategorien drückten aus, ob die Kommentator\*innen einem vorherigen Kommentar zustimmten oder widersprachen. Wir erhofften uns dadurch herauszufinden, wie viel Konsens in der jeweiligen Diskussion herrschte und wie viel Konsens es in den Diskussionen an den unterschiedlichen Standorten gab.

Insgesamt codierten wir im Online-Material von den drei Standorten in der Dimension «Valenz» die Mehrzahl der Beiträge als «negativ», das heißt, dass sich die Mehrzahl der Beiträge gegen Geflüchtete aussprach. Dies ist an sich noch kein überraschender Befund,

denn unsere Textauswahlstrategien legten einen solchen Befund nahe. Jedoch fand sich bezüglich der Dimension «Debatte» ein Unterschied zwischen den Städten: In Diskussionen an den Standorten Bremen und Halle (Saale) gab es mehr Heterogenität in den Diskussionsbeiträgen; Widerspruch (zu anderen Diskussionsbeiträgen) war häufiger als Zustimmung. In Stuttgart hingegen traf das Gegenteil zu: Hier stimmten Kommentator\*innen einander eher zu. Dies könnte auf die Beschaffenheit der Gruppen zurückzuführen sein. Dadurch, dass wir in Stuttgart mehr Facebook-Gruppen und dadurch sehr viel stärker nuancierte Gruppen ausfindig machen konnten, ist es möglich, dass sich Menschen mit ähnlichem Weltbild und einer ähnlichen sozialen Identität dort leichter in einem bestimmten Diskussionsforum zusammengefunden haben, da ihnen ein größeres Spektrum an möglichen fremdenfeindlichen Gruppen zur Verfügung stand.

Wir wollten außerdem wissen, auf welche Art und Weise debattiert wird. Anfänglich arbeiteten wir mit der Dimension «Informationsgehalt» und den Kategorien «faktisch» und «emotional». Uns interessierte, wie sehr die Kommentator\*innen emotional gefärbt diskutieren und ob hierbei regionale Unterschiede festzustellen sind. Wir stellten allerdings schnell fest, dass an allen drei Standorten sehr emotional diskutiert wurde:<sup>20</sup>

«Es kann doch nicht sein, dass wir Frauen egal ob am Tage oder am Abend Angst haben müssen, alleine auf die Straße zu gehen, ohne ein Pfefferspray in der Hand zu haben. Die muslimischen Frauen tragen Kopftuch und lange Gewänder, sind total verhüllt, damit sie kein Mann anschaut. Darum müssen die sabbernden muslimischen Männer die deutschen Frauen begrabbeln und belästigen. Wo sind wir denn, sie sollen sich um ihre Frauen kümmern, und wenn sie das nicht können, müssen sie gehen! !!!!!!!@»

Gleich zu Beginn des Forschungsprozesses wurde ein Aspekt deutlich, der uns dazu bewegte, datenbasiert die Codierungsdimension «Perspektive» hinzuzufügen. Diese Dimension hat zwei Kategorien: «Verallgemeinerung» und «Persönliche Perspektive». «Verallgemeinerung» bedeutet, die Verfasser\*innen vertreten einen Standpunkt, ohne klarzustellen, dass es sich hierbei um eine persönliche Meinung handelt. «Persönliche Meinung» wurde codiert, wenn die Verfasser\*innen deutlich machten, dass es sich um eine persönliche Meinung handelt, die nicht verallgemeinernd anzuwenden ist, indem sie zum Beispiel Anekdoten oder persönliche Erfahrungen als solche kennzeichneten. Diese Kategorie fokussiert somit auf eine weitere Charakteristik der Diskussionskultur. Im Kontrast zu Artikeln in den Printmedien fiel uns insbesondere bei Beiträgen privater Kommentator\*innen auf,

<sup>20</sup> Wenn wir im Folgenden wörtlich aus Online-Texten zitieren, verzichten wir – entgegen den landläufigen Usancen qualitativer Forschungsberichte – auf eine exakte Verortung der von uns ausgewählten Zitate im Datenmaterial. Die anonymisierten Dateien, die die Grundlage unserer Analysen sind, stellt die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf Nachfrage gerne zur Verfügung. Offensichtliche orthografische Fehler wurden in den hier ausgewählten Zitaten laut Duden korrigiert.

dass die dort artikulierten Meinungen häufig als «Wahrheit» oder gültige Verallgemeinerung formuliert waren:

«Die größte Gefahr geht momentan von den Flüchtlingen aus. Ist nun mal so ... deswegen weg mit allen die ihren xxx nicht im Griff haben.»

In einigen Gruppen und Online-Räumen war diese Art von Debattenkultur weitverbreitet, und andere Kommentator\*innen fochten nicht an, ob diese Aussagen stimmten oder nicht. In einem hoch emotionalisierten Ton wurden persönliche Meinungen als Konsens ausgegeben, der von Mit-Kommentator\*innen oft widerspruchlos stengelassen wurde. Empirie schien nicht wichtig, und wenn seriöse Quellen zitiert wurden, wurden Fakten so ausgelegt, dass fragwürdige Interpretationen daraus resultierten. Insbesondere am Standort Stuttgart, wo wir am wenigsten Widerspruch innerhalb der Kommentarsegmente der Webseiten fanden, ist es fraglich, ob man hier noch von Diskussionskultur sprechen kann. Vielmehr nahmen wir ein Hochschaukeln zu immer krasserer Aussagen wahr.

Um die wichtigsten Argumentationen herauszufiltern, die gegen Geflüchtete angeführt wurden, und um herauszufinden, ob diese auch auf Gewalt abzielten, führten wir die inhaltsanalytische Kategorie «Begründung» ein, die zehn Kategorien für eine flüchtlingsfeindliche und für eine flüchtlingsfreundliche Haltung beinhaltete. In der überwältigenden Mehrheit der codierten Beiträge wurde sich gegen Geflüchtete ausgesprochen (siehe Kategorie «Gegen Geflüchtete»). Eine anschließende Indexierung der Begründungen für eine feindliche Haltung gegenüber Geflüchteten ergab, dass häufig ein mangelndes Sicherheitsgefühl angegeben wurde, wie sich etwa an den nachfolgenden Beiträgen ablesen lässt, die unmittelbar nach einem Anschlag auf eine Kirche nahe Rouen, Frankreich, veröffentlicht wurden:

«Nun sind die Moslems in die Kirche gegangen, in die Institution, die ihnen in Europa Asyl gewährt hat und immer noch gewährt. Bin mal auf die Reaktionen der christlichen Gutmenschen gespannt. Ist nicht unsere Obermoslemreinholerin eine Pfarrerstochter? Aber auch hier wird sich ihre Empörung in Grenzen halten.»

«Hier die Reaktion ... Margot Käßmann über Brüssel: Terroristen mit Liebe begegnen.»

«Ob sie als Frau auch noch so denkt, wenn sie wie die vielen Frauen auch mit einem Messer an der Kehle vergewaltigt wurde, oder verlangt sie in einer solchen Situation: «Mehr, mehr!!! Gebt es mir, ich liebe dich, mein Peiniger!!!»

Als weitere Begründung für fremdenfeindliche Haltungen musste die Unterstellung «Asylmissbrauch» herhalten. Der nachfolgende Austausch fand sich unter einem Facebook-Post bezüglich eines jungen Mannes aus Gambia, der angeblich<sup>21</sup> aufgrund des Verdachts der sexuellen Nötigung festgenommen worden war und dessen Aufenthalt in Deutschland folgendermaßen in Frage gestellt wurde:

«Er hat sich hier zu benehmen, erst recht, wenn er aus einem Kriegsgebiet kommt.»

«Ach ja, welcher Krieg tobt eigentlich in Gambia?»

«Warum nochmals schiebt man sowas nicht ab?? In Gambia ist kein Krieg!!»

Am zweithäufigsten in der Dimension «Begründung» wurde in den ausgewerteten Online-Texten die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung thematisiert (siehe Kategorie «Gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung»), in der wahlweise «der Staat», «die Politiker» oder speziell Kanzlerin Angela Merkel für angebliche Missstände verantwortlich gemacht wurde:

«Bedanken wir uns doch alle bei der Geschäftsführerin der BRD GmbH für diese Kulturbereicherer mitsamt ihrer Vielfalt ...»

Wenngleich die Kritik vordergründig gegen die Flüchtlingspolitik gerichtet war, entlud sich Wut dennoch oft in Form von Anschuldigungen gegen Geflüchtete. Oft wurde beispielsweise der Vorwurf geäußert, staatliche Stellen würden nicht konsequent gegen straffällig gewordene Geflüchtete vorgehen. In diesem Zusammenhang behaupteten Kommentator\*innen nicht selten, dass Geflüchtete überdurchschnittlich häufig kriminell auffällig seien:

«Hier in Wiesbaden gibt es auch leere US-Kasernen, bestens saniert. Nur blöd, dass die Amerikaner wiederkommen wollen ...! Aber es ist auch mal gut mit Flüchtlingen!!!»

«Bitte keine weiteren Vergewaltiger mehr.»

«Der Staat» würde zu wenig tun, um mutmaßlich straffällig gewordenen Geflüchteten abzuschieben, um die deutsche Bevölkerung zu schützen:

«Wenn das nächste Update nicht lautet «Der 19-Jährige wurde abgeschoben!», dann war alles umsonst!»

«Der wird nicht abgeschoben! Er bittet «Mutti» Merkel um Vergebung ;) auf Staatskosten wird er noch für Jahrzehnte weiter behandelt.»

Das Thema Sicherheit zog sich wie ein roter Faden auch durch die Diskussionen, die das Online-Material dokumentiert, und in diesem Kontext wurde auch Gewalt als legitim erachtet. Die Kategorie «Für Gewalt» wurde 27-mal codiert, überwiegend für den Standort Stuttgart, und in solchen Fällen wurde von Kommentator\*innen auch Gewalt gegenüber Geflüchteten als legitim dargestellt. Diese Kategorie beinhaltete jedwede Legitimierung oder Verherrlichung von Gewalt, auch wenn sie nur verbal angedroht wurde und es sich nicht um eine tatsächliche Mobilisierung handelte:

«Immer wieder Einzelfall, nehmt ihn fest und an den nächsten Baum mit dem Gesindel ...»

In diesem Zusammenhang wurden nicht nur Geflüchtete als Feinde betrachtet, sondern auch diejenigen, die sich für sie einsetzen. Auch ihnen wurde indirekt Gewalt angedroht:

«Wenn es nach mir gehen würde, könnte man mit solchen, die so einen Müll sabbeln, das gleiche machen, wie Hitler getan hat. Nur weil Merkel die Arme aufhält, sind doch so viele Flüchtlinge hier! Es wird sich

<sup>21</sup> Da diese Meldung von einer Privatperson gepostet wurde und wir keinen Faktencheck durchführten, können wir uns nicht sicher sein, dass diese Informationen der Wahrheit entsprechen.

um alle anderen gekümmert, aber nicht um Deutsche, die es nötig haben.»

In einigen Fällen wurden Geflüchtete zudem entmenschlicht. Über das Verwenden von Metaphern aus dem Bereich der Naturkatastrophen («Flüchtlingswelle», «Flüchtlingsflut», «Flüchtlingsstrom») hinaus wurden Geflüchtete zum Beispiel auch mit Tieren verglichen, eine Methode, die in der Radikalisierungsforschung schon lange bekannt ist und als «dehumanization» in die Literatur eingegangen ist (vgl. Alleyne/Fernandes/Pritchard 2014 oder auch Vaes u. a. 2012). Täter\*innen fällt es leichter, Gewalt gegenüber ihren Opfern zu rechtfertigen, wenn sie diese nicht als gleichwertige Menschen, sondern zum Beispiel als Tiere wahrnehmen:

«Den schwarzen Affen hätte man zumindest mal ordentlich verprügeln müssen, damit er immer daran denkt, dass man so etwas nicht tut.»

«Die armen Tiere sind doch auch nur Opfer. Sollen die alle kastrieren, und aufs offene Meer bringen.»

Allerdings fanden sich diese Vergleiche mit Tieren nicht sehr häufig und dürfen in unserem Material als Ausnahme verstanden werden.

Besorgniserregend war für uns vielmehr die Tatsache, dass sich diese und andere Kommentare nicht auf rechtsextremen Blogs oder Foren fanden, sondern auf «normalen» Facebook-Seiten, die für alle Nutzer\*innen frei zugänglich waren und andere Leser\*innen nicht zu erschüttern schienen. Die Kommentator\*innen äußerten diese Beiträge zudem nicht anonym, sondern – soweit ersichtlich – mit Klarnamen, oftmals mit Profilfoto. Es mag einerseits sein, dass sich die betreffenden Nutzer\*innen ihrer Facebook-Privatsphäreinstellungen nicht bewusst waren. Andererseits schien es, als fühlten sie sich in diesen Online-Räumen unantastbar und von ihresgleichen umgeben. Insbesondere der Grad an Zustimmung, den wir am Standort Stuttgart feststellten, untermauert diese Interpretation.

Die letzte Dimension bezog sich auf die Faktoren des kollektiven Handelns. Hierbei untersuchten wir die einleitend beschriebenen psychologischen Katalysatoren von Massenprotesten: «Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit», «Ungerechtigkeitsempfinden» und «Gruppenzugehörigkeit» (Van Zomeren/Postmes/Spaars 2008) genauer. «Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit» drückt sich aus, wenn sich Kommentator\*innen als handlungsfähig gegen Geflüchtete oder gegen die Flüchtlingspolitik präsentieren:

«Es ist wichtig, dieses Thema einem großen Publikum zugänglich zu machen. Wenn es nur EIN Opfer vor einer Vergewaltigung schützt, haben wir etwas Gutes getan. Mit WIR meine ich jeden, der diesen Beitrag teilt oder auch auf Facebook kommentiert.»

Diese Kategorie wurde dann verwendet, wenn eine Person der Auffassung war, die eigene Meinung und Handlungsweise seien wirkmächtig, insbesondere im Zusammenschluss mit Ähnlichdenkenden.

Das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, insbesondere vom Staat, war die zweite Kategorie. Hier ging

es speziell um die Thematisierung von angeblich ungerecht zwischen Deutschen und Geflüchteten verteilten Ressourcen und das Gefühl, zu kurz zu kommen. Auch diese Kategorie fand sich deutlich in den Daten wieder:

«Sie erhalten hier satt zu essen, haben ein Dach über dem Kopf, können nachts ruhig schlafen, werden medizinisch versorgt, bekommen Taschengeld (ohne Gegenleistung), können auf Steuerzahlerkosten den Führerschein machen (wie wir vorgestern im TV sehen konnten), es werden Arbeitsplätze für sie «geschaffen», obwohl der Großteil erst einmal alphabetisiert werden muss (warum haben die Unternehmer das eigentlich für die unzähligen tatsächlich qualifizierten deutschen Fachkräfte nicht ermöglicht??), plötzlich schreien alle Politiker nach bezahlbarem Wohnraum (diesen Mangel gibt es schon seit Jahrzehnten, und es hat niemanden geschert).»

Die dritte Kategorie bezog sich auf die «Gruppenzugehörigkeit», also die Selbstidentifikation von Menschen als ein «Wir» gegen ein «Die», ein Kampf unterschiedlicher Gruppen, die der Wahrnehmung und Darstellung der Kommentator\*innen zufolge in Konkurrenz zueinander oder sich sogar feindlich gegenüberstehen. Aus Sicht der Verfasser\*innen muss etwas Kostbares geschützt werden, das durch die erhöhte Zahl an Geflüchteten oder Migrant\*innen gefährdet sei, etwa ihre Kultur oder ihr Wertesystem:

«Das Problem der heutigen Zeit ist ein existenzielles. Sie oder wir. Natürlich können wir neutestamentarisch handeln ... Aber dann sind WIR weg. Und ich denke dabei nicht an mich selbst, sondern an meine Kinder und deren Kinder. Wir oder der Islam. So traurig ist das ...»

Insgesamt war die Kategorie «Ungerechtigkeitsempfinden» am stärksten vertreten, wobei es hier wieder Unterschiede zwischen den drei Standorten gab. So war «Gruppenzugehörigkeit» in Bremen stark ausgeprägt, «Ungerechtigkeitsempfinden» in Halle die stärkste der drei Kategorien; in Stuttgart waren beide Kategorien fast gleich stark besetzt. «Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit» war in allen drei Fällen relativ schwach ausgeprägt. Da «Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit» am deutlichsten mit konkreten Handlungsansätzen zu tun hat, lässt dies vermuten, dass Nutzer\*innen, die den beiden übrigen Kategorien zuzuordnen sind, vielmehr einer Art Ohnmacht Ausdruck verliehen haben. Denn ohne sich selbst in einem Kollektiv als wirksam wahrzunehmen, werden sich Einzelne nicht zusammenschließen, um eine Bewegung anzustoßen. Wir konnten aus der Dimension «Faktoren des kollektiven Handelns» also schließen, dass sich Menschen einer gemeinsamen Gruppe zugehörig und sich gegenüber «den anderen» ungerecht behandelt fühlten. Dies führte aber, laut unserem Datenmaterial, offenbar zu keinem Zusammenschluss und zu keiner Mobilisierung gegen Geflüchtete.

Schließlich hatten wir noch die Kategorie «Zusätzliches» eingeführt, um alle außergewöhnlichen Kommentare oder Begebenheiten im Text markieren und indexieren zu können. Alle indexierten Textstellen wur-

den vom Forscherteam gemeinsam besprochen und codiert. Unverständliche Textstellen wurden für irrelevant befunden. Berichtenswertes aus dieser Kategorie gab es nicht.

### 4.3 PRINT- UND ONLINE-MEDIEN IM VERGLEICH

Vor dem Hintergrund der oben vorgestellten Ergebnisse zu Inhalten von Print- und Online-Medien im Kontext der «Flüchtlingskrise» lag es nahe, zunächst zu prüfen, ob und wenn ja wie sich Beiträge zum Thema Geflüchtete zwischen Online-Medien und Printmedien unterscheiden. Hierbei galt unser Hauptaugenmerk zunächst medienseitigen Faktoren.

Traditionelle Medien, darunter Zeitungen, bestimmen in einem kapitalistisch organisierten demokratischen Staat ihre Aufgabe im Konsens mit ihren Eigner\*innen im Rahmen der Gesetze des Staates selbst. Sie entscheiden, welche Ereignisse sie für Berichte in ihrem Publikationsorgan auswählen und welche Meinungen sie für eine Veröffentlichung geeignet finden. Zeitungen haben somit zunächst die nahezu uneingeschränkte Kontrolle darüber, was veröffentlicht wird und wie es formuliert wird. Sie sind in einer privatwirtschaftlich organisierten Medienlandschaft ausschließlich davon abhängig, dass die (ökonomische) Bilanz der Zeitung «stimmt». Diese Rahmenbedingungen sorgen in gewisser Weise dafür, dass Zeitungen *eo ipso* zu neutral formulierten redaktionellen Beiträgen über Geflüchtete tendieren; Neutralität minimiert in der Regel die Gefahr, durch eine wertende Berichterstattung Leser\*innen (= Käufer\*innen) zu verlieren. Bei Leserbriefen verhält sich die Sache anders: Viele dieser Briefe waren – was das hier analysierte Material betrifft – ausgesprochen meinungsfreudig bis scharf formuliert. Die Redakteur\*innen hatten dabei jedoch die Möglichkeit, Briefe zu kürzen oder bestimmte Briefe gar nicht erst abzdrukken. Die diesbezüglichen Entscheidungen sind allerdings für die Leserschaft in keiner Weise transparent. Die Leser\*innen einer Zeitung sind der Redaktion quasi «ausgeliefert». Sie bekommen bereits vorausgewählte Informationen bereitgestellt und haben keinen Einfluss auf deren Aufnahme in den redaktionellen Teil oder in die Leserbriefspalten einer Zeitung. Die Nutzung traditioneller Printmedien setzt ein Mindestmaß an Vertrauen gegenüber der Instanz «Medien» voraus, das unter anderem im rechtspopulistischen Milieu nachhaltig abhandengekommen zu sein scheint (Stichwort «Lügenpresse»).

Dem stehen die neuen Medien gegenüber, die Nutzer\*innen nicht nur die Möglichkeit geben, alle Informationen, soweit sie vorhanden und auffindbar sind, zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch Inhalte weiterzuleiten («sharen») oder selbst zu verfassen («nutzergenerierte Inhalte»). Darüber hinaus ist die Kommunikation mit anderen Nutzer\*innen sehr viel leichter als bei Printmedien. In den Online-Medien ist eine Einflussnahme auf Medieninhalte sowohl als «Produzter\*in» als auch via Kommentierung möglich.

Nutzer\*innen nehmen somit weitaus mehr Einfluss auf die Auswahl von Informationen und Inhalten sowie auf ihre Weiterverbreitung, als dies bei Printmedien der Fall ist. Obgleich die über Online-Medien verbreiteten Informationen einem deutlich reduzierten «Faktencheck» unterliegen, erscheint den Nutzer\*innen die Art der Informationsbereitstellung transparenter, die Online-Medien suggerieren ein höheres Maß an individueller Kontrolle. Hinzu kommt der Aspekt der «Belongingness», des «Sich-zu-Hause-Fühlens», der sozialen Identität: Die Tatsache, dass Nutzer\*innen oftmals innerhalb eines Online-Profiles agieren und sich in sozialen Gruppen aufhalten, vermittelt ihnen das Gefühl, sich in einem sicheren Raum mit Menschen zu befinden, die so denken wie sie. Auf einen Kommentar erhalten sie nicht selten eine unmittelbare Reaktion. Die «Reaktivität» der neuen Medien erlaubt das Gefühl subjektiver Bedeutsamkeit: Mein Kommentar wird von anderen wahr- und vom Grundsatz her ernstgenommen und geteilt. Dieses Gefühl vermögen die traditionellen Printmedien nicht zu erzeugen.

Die sozialen Medien sind damit also genau das: *sozial*. In Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte aufhalten, werden Meinungen bestärkt. Die zu beobachtende Polarisierung scheint in der Tat nicht zuletzt der oben bereits angesprochenen Kompartimentalisierung des Internets geschuldet – der Tatsache, dass sich online leicht Gruppen von Gleichgesinnten zusammenfinden. Dafür, dass sich jemand drastisch äußert, wird er oder sie in den sozialen Medien nicht an den Pranger gestellt, sondern in diesen Gruppen meist eher noch ermutigt. Inhaltlich finden zwar heftige Kontroversen statt, aber es ist offensichtlich, dass sich online niemand den Mund verbieten lässt. Es kommt zu etwas, das man vielleicht als autoregressive Argumentationsschleifen bezeichnen könnte: *Hate speech* generiert sich gruppenimmanent sozusagen von selbst.

Ein weiterer Faktor ist die Anonymität in Online-Foren. Empirisch ließ sich die Wirkung von Anonymität auf Polarisierungsprozesse durch die Forschergruppe um Postmes und Spears (im Überblick Spears/Postmes 2015) mehrfach eindrücklich belegen: Anonymität kann im Internet Prozesse der Polarisierung nach sich ziehen, und zwar dahingehend, dass Gruppenansichten oder Gruppenentscheidungen extremer werden, als dies anhand der Meinung einzelner Gruppenmitglieder eigentlich zu erwarten wäre. Dieses Phänomen haben auch Computersimulationen eindrucksvoll belegt (Lorenz 2014). Polarisierungsprozesse manifestieren sich in der Online-Kommunikation nach der Theorie der sozialen Identität etwa dadurch, dass sich die Gruppenmeinung durch die Gegenpositionierung zu einer etwaigen «Outgroup» manifestiert. Gruppenentscheidungen können folglich sowohl risikoreicher als auch vorsichtiger ausfallen, als sich dies durch den alleinigen Durchschnitt der Gruppe vorhergesagt ließe. Die Deindividuationstheorie sagt ferner vorher, dass Anonymität in großen Gruppen die Selbstwahrnehmung von Einzelnen in der Gruppe sowie da-

mit verbundene Bewertungsängste reduziert und folglich zu ungehemmtem, anti-normativem Verhalten führen kann. Eine recht einflussreiche Forschungstradition in der Medien- und Kommunikationspsychologie beschäftigt sich mit Prozessen der Deindividuation in der computervermittelten Kommunikation und liefert zahlreiche Beispiele dafür, dass Anonymität im Internet Enthemmungen, Normverletzungen und antisoziales Verhalten steigert – dies ist als «Flaming-Phänomen» in die Literatur eingegangen (Kiesler/Siegel/McGuire 1984). Allerdings gilt inzwischen auch als gesichert, dass nicht jedes Verhalten der Nutzer\*innen in der computervermittelten Kommunikation zwangsläufig auch antisozial ausfallen muss; zahlreiche Studien belegen gerade auch positive Gruppeneffekte in Richtung auf Demokratisierung oder Egalisierung (Hartmann 2004).

In unserer Studie konnten wir deutliche Belege für eine im Internet durch Anonymität ermöglichte Enthemmung von Äußerungen über Geflüchtete finden. Es hat jedoch den Anschein, dass hierbei zwischen einer Anonymität im Sinne eines Eingebettet-Seins in die subjektiv erlebte Geborgenheit der Masse und einer Nicht-Zuschreibbarkeit von Aussagen auf einzelne Personen unterschieden werden muss. Interessanterweise zeichneten die meisten Kommentator\*innen sowohl auf Facebook als auch in den Kommentarspalten der Zeitungen mit ihren – zumindest angeblichen – Klarnamen verantwortlich, teilweise sogar mit Foto. Nutzer\*innen schienen demnach ein hohes Maß an Vertrauen gegenüber anderen Nutzer\*innen im Netz zu haben oder nicht zu realisieren, dass sie sich auf öffentlich zugänglichen Seiten aufhielten. Nutzer\*innen der sozialen Medien nahmen also in Kauf, dass Informationen, die sie konsumierten und weiterleiteten, keinerlei Qualitätskontrolle unterworfen waren (Stichwort: Faktencheck). Das höhere Maß an Kontrolle über die Auswahl dieser Informationen ersetzte in gewisser Weise deren Faktengehalt.

Unsere Recherchen ließen offenbar werden, dass sich in den sozialen Medien Beiträge von Nutzer\*innen finden, die sich so in keiner Zeitung fanden, die mitunter den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllten und in einigen Fällen auch darüber hinausgingen (Aufforderung zu Straftaten). In einigen Online-Gruppen war ein gegenseitiges Anstacheln offensichtlich. Feindbild waren nicht nur Geflüchtete, auch der Staat oder die Medien selbst gehörten zu den diskutierten Themen. Vom Grundtenor her neutrale Berichterstattung (z. B. in regionalen Tageszeitungen) wurde oft kritisiert oder durch eine vorurteilsbehaftete Interpretation der Informationen in Kommentaren verunglimpft. Gleichzeitig wurden Berichte aus Printmedien so verwendet und fehlinterpretiert, dass sie ins jeweilige Weltbild der Kommentator\*innen passten.

Wir gehen davon aus, dass sich Nutzer\*innen der sozialen Medien aufgrund eines Vertrauensverlusts in die traditionellen Medien von diesen abgewendet haben und in den sozialen Medien versuchen, ihre eigene «Wahrheit» zu finden und dadurch womöglich gehört zu werden. Ob dies in den feindbildbelasteten Räumen

der sozialen Medienplattformen tatsächlich gelingen kann, sei dahingestellt. Doch die Strukturen des Mediums suggerieren den beschriebenen Gruppen von Nutzer\*innen offenbar mehr Kontrolle und Selbstwirksamkeit und lösen bei ihnen das Gefühl aus, sie seien nicht (mehr) durch manipulative, vom Staat gelenkte Medieninstanzen geblendet. Die – vermeintliche – Anonymität im Internet sowie insbesondere die dort entfaltete soziale Identität räumen ihnen offenbar den nötigen Schutz zur Äußerung ihrer fremdenfeindlichen Meinungen ein.

#### 4.4 DIE STANDORTE IM VERGLEICH

Wie eingangs erläutert, erfolgte die Auswahl der drei Standorte Bremen, Halle (Saale) und Stuttgart in Übereinstimmung mit der Ausschreibung der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf der Basis ökonomischer, politischer und geografischer Kriterien. Die drei Standorte unterscheiden sich zudem hinsichtlich der Anzahl Geflüchteter, die dort im Jahr 2015 angekommen sind, hinsichtlich des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung und hinsichtlich der Veränderung dieses Anteils in den letzten zehn Jahren. Bremen hat im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Geflüchteten aufgenommen, Stuttgart die wenigsten. Gleichzeitig hat Stuttgart den weitaus höchsten Anteil nichtdeutscher Staatsbürger\*innen an der Wohnbevölkerung. Halle wiederum hat in den letzten zehn Jahren fast eine Verdoppelung des Ausländeranteils erfahren, auch wenn dieser mit 7,3 Prozent im Vergleich zu den anderen beiden Standorten weiterhin relativ gering ist.

Im Hinblick auf die Inhalte der Zeitungsberichte konnten wir keine nennenswerten Unterschiede zwischen den drei Standorten erkennen, wohl aber, was den Umfang der Berichterstattung betrifft. So wurde in Stuttgart mit Abstand am häufigsten über Geflüchtete berichtet, in Bremen am seltensten. Die hohe Anzahl von Texten zum Thema Geflüchtete in Stuttgart ist allerdings vor allem auf die hohe Anzahl an Leserbriefen zurückzuführen: Die Anzahl der dort im Untersuchungszeitraum veröffentlichten Leserbriefe war mehr als sechsmal so hoch wie die in Bremen und immer noch mehr als dreimal so hoch wie die in Halle.<sup>22</sup> Betrachtet man nur die Anzahl der Artikel (inklusive Kommentaren), ist Bremen mit 92 Berichten hingegen der Standort mit den meisten Erwähnungen Geflüchteter.

Ein ähnlicher Trend fand sich auch in den Online-Medien: Am Material aus Stuttgart nahmen wir mehr Codierungen vor als am Material aus Halle und Bremen zusammen.<sup>23</sup> Dies deutet darauf hin, dass in unserem Material aus Stuttgart deutlich mehr Kommentare von einzelnen Personen vorhanden waren als im übrigen Material. Zwar liegt es nahe zu vermuten, dass die Stuttgarter\*innen das Thema Geflüchtete stärker umtreibt und sie sowohl offline als auch online kommentierfreudiger sind. Hierfür spricht insbesondere die hohe

<sup>22</sup> In Bremen wurden 5 Leserbriefe identifiziert, in Halle (Saale) 9 Leserbriefe, in Stuttgart 31 Leserbriefe.

Anzahl an Leserbriefen in den Printmedien. Es lässt sich aber nicht gänzlich ausschließen, dass der gefundene Unterschied auch ein Artefakt eines unterschiedlichen Umgangs mit Leserbeiträgen an den drei Standorten ist.

Für eine Artefaktdeutung spricht, dass die Recherche an den drei Standorten unterschiedlich verlaufen ist und wir, wie in Appendix B dokumentiert, zu sehr unterschiedlichen Funden kamen. Zwar gab es an allen drei Standorten Facebook-Gruppen. Wenn man die Gruppen allerdings genauer betrachtet, sind diese an den drei Standorten unterschiedlich konstituiert. In Bremen beispielsweise ließen sich durch unsere Recherche nur zwei derartige Gruppen ausfindig machen, beide könnte man umgangssprachlich als «Nachbarschaftsgruppen» bezeichnen. Die Diskussionen, die dort geführt wurden, waren rechtspopulistischer Natur und richteten sich gegen Geflüchtete. Sie schienen aber spontan aufgrund der lokalen Berichterstattung entstanden zu sein und keine feste Struktur zu haben. Ernsthafte Aufrufe zum Handeln fanden sich nicht. Sie ähnelten stark den inaktiven Gruppen, die wir an anderen Standorten ausfindig machen konnten, hatten keine Verbindungen zu anderen rechtsextremen oder rechtspopulistischen Gruppierungen und wurden ausschließlich von Privatpersonen besucht.

In Halle (Saale) standen alle Facebook-Seiten, die von uns identifiziert wurden, in Verbindung mit rechtsextremen Webseiten, Blogs oder anderen «patriotischen Bewegungen» und waren nicht von einzelnen Bürger\*innen selbst initiiert. Sie bestanden bereits seit längerer Zeit und schienen in Halle einen gewissen «Ruf» zu genießen. Über den Neonazi Sven Liebich<sup>24</sup> und seine Gerichtsprozesse wurde beispielsweise auch in den von uns ausgewählten Printmedien mehrfach berichtet. Wir verstanden diese Facebook-Seiten vielmehr als integrativen Bestandteil einer bereits semi-institutionalisierten Bewegung gegen Geflüchtete bzw. gegen Menschen mit Migrationshintergrund. Es mag sein, dass auch in Halle die oben genannten «Nachbarschaftsgruppen» existierten, jedoch gehen wir davon aus, dass viele Menschen mit Ressentiments gegenüber Geflüchteten zuerst einmal auf den bereits institutionalisierten Plattformen landeten. Diese unterschieden sich grundlegend von den eher losen Gruppen in Bremen, da hier Menschen bereits mit einem sehr konkreten Angebot, zum Beispiel einem Aufruf zum Handeln, konfrontiert wurden und somit von sich aus weniger Aufwand betreiben mussten. Dies zeigte sich unter anderem auch daran, dass die Facebook-Seite von Halle-Leaks (siehe Appendix B) zwar über 5.000 «Gefällt mir»-Angaben aufwies, jedoch vergleichsweise wenig Diskussionen oder Interaktionen von Leser\*innen oder Kommentator\*innen. Die Beiträge wurden ausschließlich vom Seitenbetreiber selbst auf die Seite gestellt.

In Stuttgart fanden wir eine Mischung aus institutionalisierten Gruppen wie beispielsweise «Polizei Stuttgart» oder «AfD Stuttgart» und weiteren, weniger organisierten Gruppen wie «Fellbach wehrt sich» und «Blaulichtreport». Die Seite «Identitäre Bewegung

Schwaben» hat eine eindeutig rechtsnationale Ausrichtung. Stuttgarter Online-Nutzer\*innen hatten im Vergleich zu den anderen beiden Standorten vielfältigere Möglichkeiten, ihre Ablehnung gegenüber Geflüchteten zum Ausdruck zu bringen. In den dortigen Online-Gruppen konnten sich Nutzer\*innen leichter mit Ähnlichdenkenden zusammenfinden und wurden in ihren Äußerungen eher unterstützt. Wir sehen hierin den Grund dafür, dass wir nur in Stuttgart in der Dimension «Debatte» mehr Zustimmung als Widerspruch codieren konnten. Nahezu alle Fälle, in denen Gewalt gegen Geflüchtete befürwortet wurde, ließen sich auf Facebook-Gruppen aus dem Raum Stuttgart zurückverfolgen. Wir gehen davon aus, dass in Stuttgart die höhere Homogenität innerhalb der Gruppen dies begünstigt hat. Weiterhin ist anzunehmen, dass es eine Wechselwirkung zwischen Printmedien und sozialen Medien gegeben hat. Je mehr in den Stuttgarter Printmedien (nicht selten stereotypengeladen) über Geflüchtete berichtet wurde und auch in Leserbriefen gegen Geflüchtete oder die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung gewettert wurde, desto mehr Online-Nutzer\*innen fühlten sich legitimiert, flüchtlingsfeindliche Meinungen zu äußern. Für Gegner\*innen der Flüchtlingspolitik entstand der Eindruck, es gäbe einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, der es erlaubt, die vorgetragenen Meinungen, inklusive der darin enthaltenen Aufrufe zu Gewalt, zu artikulieren.

#### 4.5 ORGANISATIONS- UND RADIKALISIERUNGSPROZESSE

Organisieren und radikalieren sich Menschen in den sozialen Medien gegen Geflüchtete im Allgemeinen und gegen Unterkünfte für Geflüchtete im Besonderen und wenn ja, wie laufen diese Prozesse ab? Wird hierbei Gewalt toleriert, sogar befürwortet? Findet ein gesellschaftlicher Wandel statt, der die Gesellschaft polarisiert und spaltet? Dies waren die zentralen Forschungsfragen, zu denen wir mit dieser Studie Material aus drei lokalen Kontexten vorlegen. Um erste Versatzstücke für Antworten liefern zu können, haben wir versucht, im gesammelten Material Bedingungsfaktoren kollektiven Handelns herauszuarbeiten, um einen Eindruck davon zu bekommen, welche psychologischen Faktoren zu einer möglichen Mobilisierung von Protesten gegen Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete beitragen könnten. Wir stellten jedoch fest, dass es insbesondere für die Kategorie «Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit» für alle drei Standorte kaum Codierungen gab und man somit nicht von der Bildung einer sozialen Bewegung ausgehen kann. Die Kategorie «Ungerechtigkeitsempfinden» hingegen war in den Daten deutlicher konturiert. Gleiches gilt für die Kategorie «Gruppenzugehörigkeit». Viele Menschen fühlten sich von der Bun-

<sup>23</sup> Am Online-Material aus Bremen nahmen wir 1.123 Codierungen vor, am Online-Material aus Halle (Saale) nahmen wir 2.337 Codierungen vor, am Online-Material aus Stuttgart nahmen wir 3.730 Codierungen vor. <sup>24</sup> Sven Liebich ist Gründer und Betreiber des rechtsextremen Blogs [blog.halle-leaks.de](http://blog.halle-leaks.de) und der dazugehörigen Webseite [www.halle-leaks.de](http://www.halle-leaks.de) und Facebook-Seite «halle-leaks».

desregierung ungerecht behandelt und prangerten an, dass es bereits genug Probleme in Deutschland gebe, um die sich jahrelang nicht gekümmert worden sei. Diese Tendenz schlug sich auch in den Leserbriefen nieder, in denen vor allem das Thema Sicherheit immer wieder thematisiert wurde. Stereotype Gruppenidentitäten waren allgegenwärtig:

«Und genau DAS ist der Unterschied: Der Christ vergibt, der Moslem verdammt. So kann gegenseitiges Akzeptieren nicht funktionieren. Ob das Al-Baghdadi und Kardinal Marx sind oder Mohamed und Jürgen um die Ecke. Es kann nicht funktionieren.»

Im Einklang mit dem Forschungsauftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung hatten wir auch eine Kategorie «Mobilisierung gegen Geflüchtete» geschaffen, um konkrete Organisationsmaßnahmen erfassen zu können. Jedoch muss angemerkt werden, dass wir nicht zurückverfolgen konnten, ob und wenn ja welche Organisationsmaßnahmen tatsächlich außerhalb der von uns beobachteten Online-Räume stattfanden. Es ist durchaus möglich, dass sich Menschen privat vernetzt und zu physischen Protesten zusammengefunden haben. Da wir die lokalen Printmedien über einen mehrmonatigen Zeitraum beobachtet haben und keine Berichterstattung zu solchen Begebenheiten gefunden haben, gehen wir davon aus, dass dies nicht der Fall war. Dennoch muss klar sein, dass unsere Studie hier an ihre Grenzen stößt, da wir keine Beobachtungen vor Ort durchgeführt haben. Der Kategorie «Mobilisierung gegen Geflüchtete» konnten wir allerdings fast keine Einträge zuordnen. Es gab nur sehr wenige direkte Aufrufe, unter ihnen zum Beispiel die Aufforderung, bestimmte Parteien zu wählen, für Protestaktionen gegen Geflüchtete zu spenden oder Graffiti mit dem arabischen Schriftzug «Geht nach Hause» zu sprühen.

Kategorien, die hingegen sehr deutlich ins Gewicht fielen, waren all diejenigen, die sich mit der Diskussionsweise und Debattenkultur befassten. So mussten wir feststellen, dass an allen Standorten äußerst emotional diskutiert wurde, Fakten mit Meinungsäußerungen vermischt wurden und grobe Verallgemeinerungen stattfanden. Hinzu kam, dass Gewaltanspielungen relativ häufig und vehement vorgetragen wurden und teilweise eindeutig als *hate speech* einzuordnen waren. Für sich genommen ist dieser Befund erschütternd, denn auch verbale Gewalt ist eine Form des Handelns. Wir versuchen im Folgenden eine Deutung.

Ganz grundsätzlich wäre zunächst zu fragen, ob das dokumentierte Öffentlichmachen zum Teil strafbarer Positionen als Ausdruck einer Radikalisierung oder als Enthemmungsprozess zu deuten ist. Haben die «Flüchtlingskrise» und der Umgang mit ihr in Print- und Online-Medien zu einer Radikalisierung von Einstellungen und Verhaltenstendenzen geführt oder sind die artikulierten Einstellungen stabil geblieben und zuvor nur nicht artikuliert worden? Diese Frage lässt sich auf der Basis des Designs der hier vorgelegten Studie nicht abschließend beantworten. Für eine Antwort auf diese Frage hätte es entweder einer Nut-

zerbefragung bedurft oder man hätte einen Aktionsforschungsansatz verfolgen müssen, bei dem sich die Forscher\*innen selbst an den Debatten in den ausgewählten Online-Medien beteiligen, um herauszufinden, ob Nutzer\*innen «schon immer» oder erst im Gefolge der «Flüchtlingskrise» so denken, wie sie es in ihren Beiträgen zum Ausdruck bringen. Wir bleiben fürs Erste bei der Radikalisierungsthese, weisen aber ausdrücklich darauf hin, dass auch die Enthemmungsthese Gültigkeit beanspruchen könnte.

Ein zentraler Faktor, der zur Radikalisierung Einzelner beiträgt, ist der wahrgenommene Kontrollverlust. Nimmt man sich selbst als Spielball wahr, weil man den Unberechenbarkeiten der Welt gegenüber wehrlos ist und sich dem Wandel der Zeit ausgeliefert fühlt, sucht man sich womöglich einen Sündenbock. Studien im Kontext der Anomie-Theorie von Robert Merton (1968) haben hierfür vielfältige Belege geliefert. Von den Kommentator\*innen rechtspopulistischer sozialer Medien wurden wahlweise Geflüchtete als «das Böse», das es zu bekämpfen gilt, wahrgenommen und dargestellt, dann wieder war «der Staat» der Übeltäter, und Geflüchtete wurden als Mit-Opfer gesehen, die es zu bemitleiden gilt (die beiden Kategorien «Gegen Geflüchtete» und «Gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung» waren die stärksten in der Dimension «Begründung»).

Befürwortung von Gewalt, wie wir sie in den Daten vorgefunden haben, verstehen wir somit weniger als konkrete Aufforderung zum Handeln, zumal sich sonst in den Daten kaum Mobilisierungs- oder Organisationsbestrebungen fanden. Stattdessen hat es den Anschein, dass der aktuelle Radikalisierungsprozess als ein weiterer Beleg für die klassische Frustrations-Aggressions-These (Dollard u. a. 1939) gelten kann. Es scheint in Deutschland eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen zu geben, die sich von der Mainstream-Gesellschaft, inklusive Politik und Medien, abgehängt fühlen und dieses Gefühl vor allem in den Online-Medien in Form von Wut und Aggressionen zum Ausdruck bringen. Das Risiko, dass diese Worte in tatsächliche Handlungen umschlagen und eine reale Gefahr für Geflüchtete, «den Staat» oder «Gutmenschen» darstellen, sehen wir nur dort, wo es bereits institutionalisierte rechtsextreme Gruppierungen gibt. Solche Gruppierungen ließen sich in Halle (Saale) identifizieren. Zu nennen ist hier auch die «Identitäre Bewegung», deren Aktivitäten im Großraum Stuttgart manifest wurden. Es handelt sich hierbei um eine aktionistische Gruppierung, die sich das Internet stark zunutze macht und enge Verbindungen zu anderen rechtsextremen Gruppen pflegt.

In Bezug auf diejenigen, die nicht mit rechtsextremen Organisationsstrukturen «verbandelt» sind, gehen wir nicht davon aus, dass ihre Äußerungen Ausdruck einer pauschalen Verrohung der Gesellschaft sind. Vorbehalte gegenüber allem, was als «fremd» wahrgenommen wird, hat es seit der Menschwerdung des Affen durch die Arbeit (Friedrich Engels) gegeben. Die Allgegenwart des Themas Sicherheit im vorgelegten Datenmaterial legt diese Interpretation nahe. Die

starken Migrationsbewegungen und die Unfähigkeit politischer Entscheidungsträger\*innen, Einwanderung langfristig zu planen und den Prozess antizipativ zu begleiten, lassen diese Ängste – so unsere Überzeugung – nur deutlicher zutage treten. Vor einigen Jahrzehnten waren gewisse Parolen an Stammtischen sagbar, nun sind sie durch das Medium Internet für alle sichtbar geworden. Das Private ist publik geworden, und die Öffentlichkeit gewinnt Einblicke in das, was sich in den Köpfen vieler Menschen abspielt. Die aus politikwissenschaftlicher Perspektive zentrale Frage ist nicht so sehr, ob es eine Radikalisierung Einzelner gibt oder nicht, sondern ob es bestehenden rechtsextremen oder rechtspopulistischen Organisationen gelingt, das anomische<sup>25</sup> Segment der Bevölkerung (Merton 1968) für die eigenen Ziele «nutzbar» zu machen. Dass diese Gefahr durchaus bestehen könnte, scheint

auf den ersten Blick die in den letzten Landtagswahlen gestiegene Wahlbeteiligung nahelegen: Bei den vergangenen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus etwa konnte die AfD mehr als alle anderen Parteien zusammen Nichtwähler\*innen für sich mobilisieren.<sup>26</sup> Vormalige Nichtwähler\*innen beteiligten sich (wieder) an Wahlen und wählten zu nicht geringen Anteilen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien. Dass allerdings bei dieser Schlussfolgerung Vorsicht geboten ist, verdeutlicht ein Blick auf Tabelle 1, in der auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes zusammengestellt wurde, wie hoch die Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten drei Landtagswahlen in allen 16 Bundesländern war. Die Tabelle belegt in der Tat einen kleinen Aufwärtstrend in der Wahlbeteiligung, doch ist dieser statistisch – unabhängig vom eingesetzten Testverfahren<sup>27</sup> – nicht signifikant.

**Tabelle 1: Wahlbeteiligung bei den letzten drei Landtagswahlen in den 16 Bundesländern**

Bundesland	Wahlbeteiligung drittletzte Landtagswahl in Prozent	Wahlbeteiligung vorletzte Landtagswahl in Prozent	Wahlbeteiligung jüngste Landtagswahl in Prozent
Baden-Württemberg	53,4	66,3	70,4
Bayern	57,1	57,9	63,6
Berlin	58,0	60,2	66,9
Brandenburg	56,4	67,0	47,9
Bremen	57,6	55,5	50,2
Hamburg	63,5	57,3	56,5
Hessen	64,3	61,0	73,2
Mecklenburg-Vorpommern	59,1	51,5	61,9
Niedersachsen	67,0	57,1	59,4
Nordrhein-Westfalen	63,0	59,3	59,6
Rheinland-Pfalz	58,2	61,8	70,4
Saarland	55,5	67,7	61,6
Sachsen	59,6	52,2	49,2
Sachsen-Anhalt	44,4	51,2	61,1
Schleswig-Holstein	66,5	73,6	60,2
Thüringen	53,8	56,2	52,7
<b>Mittelwert</b>	<b>58,6</b>	<b>59,7</b>	<b>60,3</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt<sup>28</sup>

Auch wenn man nur auf die Bundesländer der drei Standorte der aktuellen Untersuchung schaut, sind die Ergebnisse unsystematisch. Zwar sind die Prozentanteile rechter Parteien und die Höhe der Wahlbeteiligung bei den letzten drei Landtagswahlen positiv korreliert, aber auch hier findet sich – unabhängig vom eingesetzten statistischen Test – keinerlei Signifikanz ( $p > 0,15$ ).

Ermöglichen oder fördern nun die sozialen Medien durch ihr Vorhandensein und durch ihre systemischen Strukturen, dass sich Menschen gegen Geflüchtete

<sup>25</sup> Anomie beschreibt einen gesellschaftlichen Zustand der sozialen Desintegration, der besonders durch Normabweichungen gekennzeichnet ist. <sup>26</sup> Vgl. Teevs, Christian: Wer die AfD in Berlin gewählt hat, Spiegel Online, 19.9.2016, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/wahl-berlin-2016-wer-die-afd-in-berlin-gewaeht-hat-a-1112212.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahl-berlin-2016-wer-die-afd-in-berlin-gewaeht-hat-a-1112212.html). <sup>27</sup> Veränderungen in den Wahlbeteiligungsprozentwerten waren sowohl bei der Durchführung einer – parametrischen – Messwiederholungsvarianzanalyse als auch bei der Durchführung eines – non-parametrischen – Friedman-Tests in keiner Weise signifikant ( $p > 0,25$ ). <sup>28</sup> Das Statistische Bundesamt stellt die entsprechenden Daten auf Webseiten zur Verfügung, die jeweils den Titel «Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen/Abgeordnetenhauswahlen/Bürgerchaftswahlen in (Bundesland)» tragen; Beispiel: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/281790/umfrage/wahlbeteiligung-bei-den-landtagswahlen-in-thueringen>.

organisieren? Auch wenn wir als Forscher\*innen diesem Befund durchaus ambivalent gegenüberstehen, so legt das von uns gesammelte Material ein Nein als Antwort auf diese Frage nahe. Es fanden sich an allen drei Standorten keine Hinweise auf konkrete Organisationsmaßnahmen. Was wir allerdings sahen, war, dass sich viele Menschen mit dem Themenkomplex Geflüchtete befasst und das Thema als Projektionsfeld für eigenes Ohnmachtserleben genutzt haben. Die sozialen Medien gaben diesen Menschen ein Gefühl, mit ihrem empfundenen Kontrollverlust nicht allein zu sein. Eine nachhaltige Radikalisierung folgte hieraus aber nur, wenn es organisierten rechten Akteur\*innen gelang, diese Menschen in ihre Aktivitäten einzubinden. Die sozialen Medien schafften einen Raum für das Ablassen von Frustrationsdampf verschiedenster Provenienz; sie sind nicht «schuld» an einer Radikalisierung. Gesamtgesellschaftliche Radikalisierungs- und Spaltungstendenzen liegen in den Händen einschlägig interessierter individueller und institutioneller Akteur\*innen, sie entspringen nicht «dem Internet» oder «den sozialen Medien».

Dies steht auch im Einklang mit dem einleitend beschriebenen «Social Identity Model of Collective Action», das «Ohnmachtserleben» (im Sinne wahrgenommener Ungerechtigkeit), «Zugehörigkeit» (im Sinne einer sozialen Identität) und «Selbstwirksamkeit» explizit als zentrale Katalysatoren kollektiver Mobilisierung beschreibt. Unsere Studie liefert weitere Belege dafür, dass eine radikale Form der Mobilisierung offenbar nur dann gelingt, wenn die drei Katalysatoren zusammenwirken. Insbesondere der Katalysator «Selbstwirksamkeit» scheint in unserem Datenmaterial aber eher dürftig ausgeprägt zu sein, ist aber – sowohl offline als auch im Internet – zentral dafür, dass Schritte zu kollektivem Handeln unternommen werden. Das von uns erfasste Radikalisierungs- und Mobilisierungspotenzial gegen Geflüchtete sehen wir nicht als so umfassend vorhanden an, als dass wir von einem Radikalisierungsprozess bis hin zu gewalttätigen Handlungen sprechen wollen würden.

#### **4.6 LIMITATIONEN DER VORGELEGTE STUDIE**

Die hier vorgelegte Studie kann für sich in Anspruch nehmen, erstmals auf eine sozialwissenschaftlich systematische Art und Weise Material zum rechtspopulistischen Gewaltdiskurs in den sozialen Medien in Deutschland gesammelt zu haben. Es wurden jedoch einige Forschungsentscheidungen getroffen, die die Generalisierbarkeit der Ergebnisse der Studie begrenzen.

Zum einen sollte explizit darauf hingewiesen werden, dass die Auswahl der einbezogenen sozialen Medien beschränkt war. So waren etwa verschlüsselte Kurzmittelungsdienste und zugangsbeschränkte Online-Räume nicht einbezogen. Insofern kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Radikalisierung im Kontext der «Flüchtlingskrise» zwar in «klassischen» sozialen Medien wie Facebook oder YouTube, nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß stattfindet, dass diese sozialen Medien aber als eine Art Türöffner für die Nutzung anderer sozialer Medien fungieren, die dann auch Plattformen der Vorbereitung von fremdenfeindlich motivierten Straftaten sind.

Auch ist festzuhalten, dass die hier vorgelegte Studie nicht mit dem gearbeitet hat, was die sozialwissenschaftliche Methodenlehre eine «klinische Stichprobe» nennt: Wir haben nicht versucht, explizit auf Brennpunkte der Gewalt gegen Geflüchtete zu fokussieren; Orte wie Meißen, Freital, Lübeck, Escheburg oder Vorrä (um nur einige wenige zu nennen) standen nicht im Mittelpunkt. Ausdrücklich ging es uns um Regionen, in denen rechtspopulistische Gruppierungen in der letzten Zeit (z. T. massive) Zuwächse an der Wahlurne erzielt hatten, die aber keine herausragenden Brennpunkte von Gewalt gegenüber Geflüchteten waren. Nur durch eine solche Auswahl der zu untersuchenden Nutzerpopulationen war es möglich, gegebenenfalls Radikalisierungspotenziale zu erkennen und nicht in einem engeren Sinne Wege der Verabredung zu politischen Straftaten zu erforschen.

Zu guter Letzt ist festzuhalten, dass die Studie nicht für sich in Anspruch nehmen kann, ein vollständig repräsentatives Abbild des auf die «Flüchtlingskrise» bezogenen (Gewalt-)Diskurses in den sozialen Medien vorzulegen. So war die Suche nach thematisch einschlägigen Facebook-Seiten von Anfang an schwierig, weil – wie oben ausgeführt – Suchstrategien immer die suchenden Nutzer\*innen zum Ausgangspunkt haben und mit Ähnlichkeitsalgorithmen arbeiten. Zwar haben wir ergänzend auf lokale Expert\*innen zurückgegriffen, was uns aber nicht möglich war, war ein Zugang über Akteur\*innen und Sympathisant\*innen aus dem rechtspopulistischen Spektrum, wie dies in den Skinheadstudien von Möller und Schuhmacher (2007) realisiert wurde. Ein solcher Zugang hätte uns unter Umständen noch zu weiteren einschlägigen Facebook-Seiten führen können. Eine Abschätzung, ob dieser Zugang andersartige Ergebnisse zu Tage gefördert hätte, ist jedoch seriös nicht möglich. Wir vermuten allerdings auf der Basis des Aggressions- und Gewaltgehalts der vorgelegten Textfunde nicht, dass erweiterte Zugangsoptionen zu einem anderen Gesamtergebnis geführt hätten.

## 5 DISKUSSION UND POLITISCHER AUSBLICK

Über die gesamte Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hinweg lässt sich dokumentieren, dass Stimmenanteile für rechte Parteien kurzfristig in einem sehr engen Zusammenhang mit den Zahlen von Neuzuwanderer\*innen pro Jahr standen (Boehnke/Deutsch/Boehnke 2015). Ebenso gut belegt ist in der Arbeit von Boehnke u. a. der systematische Rückgang in der Unterstützung für rechte Parteien<sup>29</sup> nach einem Rückgang der Neuzuwanderungszahlen. In der aktuellen Situation ist nun allerdings zu fragen, ob die in einigen politikwissenschaftlichen Arbeiten konstatierte Hinwendung zu «lifestyle politics» (Micheletti/McFarland 2015) gepaart mit einer gänzlich neu strukturierten Medienwelt und einer in gewisser Weise gewandelten Bedeutung des Marktes für das politische Handeln (Stichwort: «political consumerism», vgl. Shah u. a. 2007; Kotzur u. a. 2015) die gesamtgesellschaftliche Situation so weitgehend verändert haben, dass – ähnlich wie beim Entstehen der Grünen in Westdeutschland in den 1980er Jahren – eine bestandsträchtige Organisation im rechtspopulistischen Bereich erwartet werden muss.

Die sozialen Medien spielen in dieser – möglichen – Entwicklung eine sicher nicht unwichtige Rolle. Durch den Fokus auf Individualisierung und die potenzielle Möglichkeit, eins zu eins mit jedem Menschen, ob Politiker\*in oder Bürger\*in, weltweit in Kontakt zu treten, werden Hierarchien abgeflacht und Strukturen neu geordnet. Bürger\*innen können gehört werden, sie können sich aber auch leichter untereinander austauschen und vernetzen. Dies führt dazu, dass sie ein neuartiges, eigenes, im Kollektiv sehr lautes Sprachrohr haben, eine Möglichkeit nachzufragen, wenn sie der Meinung sind, dass Politiker\*innen ihnen Rede und Antwort stehen müssten, und geballt zu reagieren, wenn diese Antworten nicht zufriedenstellend sind.

Die neuen Medien haben an dieser Entwicklung inzwischen wohl einen größeren Anteil, als ihn die traditionellen Medien zuvor hatten: Die Politiker\*innen und der Staat als Ganzes sind zu einer sehr viel unmittelbareren Kommunikation mit den Bürger\*innen gezwungen. Es lässt sich nicht eindeutig sagen, woher dieser Trend rührt. Die Printmedien schieben das Phänomen gern auf das Aufkommen des Internets und den allfälligen Zugriff auf Informationen in diesem Medium. Andere argumentieren, dass zu wenige Printmedien das Potenzial der digitalen Welt erkannt und dort eine existenzfähige und qualitativ hochwertige Online-Präsenz aufgebaut haben. Es ist wohl nicht übertrieben zu konstatieren, dass sich politische Kommunikationsprozesse durch das Internet demokratisiert, wenn nicht gar anarchisiert haben, dass aber gleichzeitig neue Player (wie die großen Internetunternehmen) durch ihr Geschäftsgebaren in politische Prozesse eingreifen.

Vor diesem Hintergrund kam es dann in Europa ab dem Jahr 2015 zu einer «Flüchtlingskrise», die die po-

litisch Verantwortlichen aufgrund eigener Versäumnisse unvorbereitet traf. Das Mantra des «Wir schaffen das» und das Gerede von Obergrenzen traf viele Bürger\*innen wie auch Kommunen unvorbereitet. Gehandelt wurde wiederum ausschließlich im Feuerwehrmodus. Die Tatsache, dass sich in unseren Daten ein Großteil der Frustration in Form von Aggressionen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung äußert, lässt vermuten, dass die latent immer vorhandene Ausländerfeindlichkeit (vgl. Decker/Brähler 2006) deshalb so massiv zum Durchbruch kommt, weil es einen allgemeinen Kontext des Sich-im-Stich-gelassen-Fühlens gibt. Geflüchtete scheinen dabei manchmal nur willkommene Sündenböcke zu sein.<sup>30</sup>

«Es gibt genug Deutsche, die auch Hilfe brauchen, und bekommen sie die? Nein, weil Flüchtlinge ja vorgezogen werden, da bekomme ich einen Hass drauf! Und dann sich wundern, wenn man rechts wird.»

Wenn wir also die Frage beantworten wollen, ob und wie die sozialen Medien im Kontext der «Flüchtlingskrise» zu einer je individuellen Radikalisierung beitragen und ob sie Proteste gegen Geflüchtete organisieren helfen, so tendieren wir in beiden Bereichen eher zu einem Nein. Im Bereich der Radikalisierung ist offen, ob das, was sich in Online-Medien findet, eine Radikalisierung dokumentiert oder eher so etwas wie eine je individuelle Enthemmung. Erst die gezielte Teilhabe interessierter individueller wie institutioneller Akteur\*innen aus dem rechten politischen Spektrum birgt die Gefahr, dass aus einer Enthemmung eine Radikalisierung wird. Was den Beitrag sozialer Medien zur Organisation von Protesten gegen Geflüchtete angeht, so ist die Antwort noch eindeutiger: Sie findet in offen zugänglichen sozialen Medien wie Facebook oder YouTube nicht (mehr) statt. Es ist zu vermuten, dass auch hier Organisationsprozesse über existierende Netze von rechten Individuen und Gruppen laufen, die sich entweder geschlossener sozialer Netze bedienen oder auf neuere Online-Medien zurückgreifen.

Festzuhalten ist abschließend, dass die hier vorgelegte Studie keine Verallgemeinerbarkeit ihrer Befunde für sich in Anspruch nehmen kann. Es handelt sich um eine Studie, die auf drei lokale Kontexte – Bremen, Halle (Saale) und Stuttgart – beschränkt war und keine repräsentative Stichprobe zog. Es handelt sich in diesem Sinne um eine kondensierte und kommentierte Materialsammlung zu ausgewählten Thesen, nicht um eine Studie, die Hypothesen zu Organisations- und Radikalisierungsprozessen überprüft hat.

<sup>29</sup> Als rechte Parteien definiert die Politikwissenschaft dabei typischerweise alle Parteien, die programmatisch rechts von der CDU/CSU angesiedelt sind (Stöss 2013). <sup>30</sup> Mit erheblich geringerer Brisanz führte die AfD, daran sei erinnert, eine Kampagne gegen den Euro. Für die vermeintliche Misere wurden «der Euro» und «Brüssel» verantwortlich gemacht. In der sozialpsychologischen Literatur wird dieser Prozess unter dem Stichwort «Scapegoating» verhandelt (vgl. Rothschild u. a. 2012).

## LITERATUR

## A

Alleyne, Emma/Fernandes, Isabel/Pritchard, Elizabeth (2014): Denying humanness to victims: How gang members justify violent behavior, in: *Group Processes and Intergroup Relations* 6/2014, S. 750–762.

## B

Bakshy, Eytan/Messing, Solomon/Adamic, Lada (2015): Exposure to ideologically diverse news and opinion on Facebook, in: *Science* 6239, S. 1130–1132.

Boehnke, Klaus/Merkens, Hans (1990): Jugend im Prozeß des Zusammenwachsens einer Stadt. Erstantrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Berlin.

Boehnke, Klaus/Odağ, Özen/Leiser, Anne (2015): Neue Medien und politischer Extremismus im Jugendalter: Die Bedeutung von Internet und Social Media für jugendliche Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse. Stand der Forschung und zentrale Erkenntnisse themenrelevanter Forschungsdisziplinen aus ausgewählten Ländern. Expertise im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts (DJI), unveröffentlichtes Manuskript.

Boehnke, Klaus/Boehnke, Mandy/Deutsch, Franziska (2016): «Open House» oder «Closed Shop»: Einwanderung nach Deutschland als Zielkonflikt mit Gewaltpotential?, in: Johannsen, Margret/Schoch, Bruno/Mutschler, Max M. (Hrsg.): *Friedensgutachten 2016*, Münster, S. 166–180.

Bruns, Axel (2009): Vom Prosumenten zum Produzent, in: Blätzel-Mink, Birgit/Hellmann, Kai-Uwe (Hrsg.): *Prosumer Revisited. Zur Aktualität einer Debatte*, Wiesbaden, S. 191–205.

## C

Coffey, Amanda/Atkinson, Paul A. (1996): Concepts and coding, in: dies. (Hrsg.): *Making sense of qualitative data*, Thousand Oaks, S. 26–53.

## D

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen.

Dollard, John/Miller, Neal E./Doob, Leonard W./Mowrer, O. H./Sears, Robert R. (1939): *Frustration and aggression*, New Haven CT.

## F

Frindte, Wolfgang/Boehnke, Klaus/Kreikenbom, Henry/Wagner, Wolfgang (2012): Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin.

## H

Hartmann, Tilo (2004): Computervermittelte Kommunikation, in: Mangold, Roland/Vorderer, Peter/Bente, Gary (Hrsg.): *Lehrbuch der Medienpsychologie*, Göttingen, S. 673–694.

Heitmeyer, Wilhelm (2002): *Deutsche Zustände*. Folge 1, Frankfurt a. M.

Huinink, Johannes/Brüderl, Josef/Nauck, Bernhard/Walper, Sabine/Castiglioni, Laura/Feldhaus, Michael (2011): Panel analysis of intimate relationships and family dynamics (pairfam): Conceptual framework and design, in: *Zeitschrift für Familienforschung* 1/2011, S. 77–101.

## J

Jenness, Valery/Grattet, Ryken (2002): Die amerikanische Bewegung gegen Hate-Crimes. Rechtssoziologische Überlegungen zu Entstehungszusammenhängen und Entwicklungsgeschichte, in: Boehnke, Klaus/Fuß, Daniel/Hagan, John (Hrsg.): *Jugendgewalt und Rechtsextremismus – Soziologische und Psychologische Analysen in internationaler Perspektive*, Weinheim, S. 49–78.

## K

Kiesler, Sara/Siegel, Jane/McGuire, Timothy W. (1984): Social psychological aspects of computer-mediated communication, in: *American Psychologist* 10/1984, S. 1123–1134.

Kohlmann, Torsten (2011): *Kompartimentalisierung in Web-Anwendungen am Beispiel eines Projektmanagement-Systems*, München.

Kotzur, Patrick F./Torres, Cláudio V./Kedzior, Karina K./Boehnke, Klaus (2015): Political consumer behaviour among university students in Brazil and Germany: The role of contextual features and core political values, in: *International Journal of Psychology*, DOI: 10.1002/ijop.12204.

## L

Lorenz, Jan (2014): How clustered ideological landscapes might emerge through opinion dynamics. Paper presented at ECPR General Conference, 3.–6.9.2014, Glasgow, unter: <https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/9b8203bc-3489-483a-b45c-92d01c6efcb0.pdf>.

## M

Merton, Robert K. (1968): *Social theory and social structure*, New York.

Micheletti, Michele/McFarland, Andrew S. (2015): *Creative participation. Responsibility-taking in the political world*, London.

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads, Wiesbaden.

**N**

**Neumann, Peter (2013):** Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29-31/2013, S. 3–10.

**O**

**Odağ, Özen/Uluğ, Özen Melis/Solak, Nevin (2016):** «Everyday I'm Çapulung». Identity and collective action through social network sites in the Gezi Park protests in Turkey, in: *Journal of Media Psychology* 3/2016, S. 148–159.

**P**

**Pariser, Eli (2011):** *The filter bubble. What the Internet is hiding from you*, London.

**R**

**Rothmund, Tobias/Otto, Lukas (2016):** The changing role of media use in political participation, in: *Journal of Media Psychology* 3/2016, S. 97–99.

**Rothschild, Zachary K./Landau, Mark J./Sullivan, Daniel/Keefer, Lucas A. (2012):** A dual-motive model of scapegoating. Displacing blame to reduce guilt or increase control, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 6/2012, S. 1148–1163.

**S**

**Schrabe, Jan-Felix (2012):** *Wiederkehrende Erwartungen. Visionen, Prognosen und Mythen um neue Medien seit 1970*, Boizenburg.

**Schreier, Margrit (2012):** *Qualitative content analysis in practice*, Thousand Oaks.

**Shah, Dhavan V./McLeod, Douglas M./Kim, Eun-kyung/Lee, Sun Young/Gotlieb, Melissa R./Ho, Shirley S./Breivik, Hilde (2007):** Political consumerism: How communication and consumption orientations drive «Lifestyle Politics», in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 1/2007, S. 217–235.

**Silbereisen, Rainer K. & Eyferth, Klaus (1983):** *Jugendentwicklung und Drogen. Antrag auf die Gewährung einer Sachbeihilfe an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.* (Fortsetzung zu Si 296/1-1; 1-2; 1-3), Technische Universität Berlin, Institut für Psychologie, Arbeitsgruppe TUdrop Jugendforschung, Berlin.

**Spears, Russell/Postmes, Tom (2015):** Group identity, social influence, and collective action online, in: Sundar, Shyan (Hrsg.): *The Handbook of the Psychology of Communication Technology*, West Sussex, S. 23–46.

**Stöss, Richard (2013):** Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden, S. 563–618.

**Sunstein, Cass (2001):** *Republic.com*, Princeton.

**Teevs, Christian (2016):** Wer die AfD in Berlin gewählt hat, Spiegel Online, 19.9.2016, unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/wahl-berlin-2016-wer-die-afd-in-berlin-gewaehlt-hat-a-1112212.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahl-berlin-2016-wer-die-afd-in-berlin-gewaehlt-hat-a-1112212.html).

**V**

**Vaccari, Cristian (2013):** From echo chamber to persuasive device? Rethinking the role of the Internet in campaigns, in: *New Media & Society* 1/2013, S. 109–127.

**Vaes, Jeroen/Leyens, Jacques-Philippe/Paola Paladino, Maria/Pires Miranda, Mariana (2012):** We are human, they are not: Driving forces behind outgroup dehumanisation and the humanisation of the ingroup, in: *European Review of Social Psychology* 1/2012, S. 64–106.

**Van Zomeren, Martijn/Postmes, Tom/Spears, Russell (2008):** Toward an integrative social identity model of collective action: A quantitative research synthesis of three socio-psychological perspectives, in: *Psychological Bulletin* 4/2008, S. 504–535.

**Z**

**Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (2016):** *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

## APPENDIX A – ANMERKUNGEN ZUR AUSWAHL DER PRINTMEDIEN

In Bremen entschieden wir uns, den *Weser-Kurier*, Bremens größte Tageszeitung, und die Sonntagsausgabe derselben Zeitung, die allerdings unter dem Namen *Kurier am Sonntag* erscheint, in unsere Analyse mit aufzunehmen. Unter der Rubrik Anzeigenblätter entschieden wir uns für den *Weser-Report* und die sonntägliche *Kurier der Woche*-Ausgabe. Zudem fügten wir noch den Bremer Regionalteil der *tageszeitung (taz)* hinzu. In Halle (Saale) entschieden wir uns für die auflagenstärkste Tageszeitung, die *Mitteldeutsche Zeitung*. Diese Zeitung druckt 17 unterschiedliche Lokalausgaben für die Region, eine davon für den Halle/Saalekreis. Wir wählten außerdem noch die beiden wöchentlich erscheinenden Anzeigenblätter *WochenSpiegel* und *SuperSonntag* aus, die beide aus der Umgebung Halle (Saale) stammen. Da wir in der Online-Recherche den Fokus vermehrt auf die *Stuttgarter Zeitung* gelegt hatten, entschied

den wir uns bei den Printmedien für die *Stuttgarter Nachrichten*. Zudem veröffentlicht die Stadt Stuttgart wöchentlich das *Stuttgarter Amtsblatt*, in dem beispielsweise über Beschlüsse des Gemeinderats informiert wird. Als Anzeigenblätter fügten wir noch *Filder Wochenblatt* und *FilderExtra* hinzu.

Nicht alle Printmedien wurden in ihrer vollen Länge berücksichtigt; das *Amtsblatt Stuttgart* etwa hat weitaus mehr als 15 Seiten. Allerdings waren für uns nur die ersten 12–15 Seiten relevant, da dort Artikel, Berichte und Reportagen zu finden waren. Die übrigen Seiten waren gefüllt mit Ausschreibungen, Satzungen, Bestimmungen, Bebauungsplänen, Stellenanzeigen etc. und für unsere Recherchezwecke nicht zielführend. Somit sind die Seitenabgaben, die in den folgenden Tabellen zu finden sind, nicht zwangsläufig indikativ für die Gesamtlänge der jeweiligen Printmedien.

**Tabelle 2: Zeitungen und Anzeigenblätter aus Bremen**

Name der Publikation	Datum	Anzahl Seiten	Art der Publikation	Anmerkung
Weser-Kurier	15.7.2016	32	Tageszeitung	Mit Stadtteil-Kurier West (für Findorff, Walle, Gröpelingen, Oslebshausen, Blockland, Burg-Grambke)
Weser-Kurier	16.7.2016	32	Tageszeitung	
Weser-Kurier	15.8.2016	30	Tageszeitung	
Weser-Kurier	16.8.2016	32	Tageszeitung	
Weser-Kurier	17.8.2016	32	Tageszeitung	
Weser-Kurier	18.8.2016	34	Tageszeitung	
Weser-Kurier	19.8.2016	28	Tageszeitung	
Kurier am Sonntag	10.7.2016	34	Wochenzeitung	
Kurier am Sonntag	17.7.2016	36	Wochenzeitung	
Weser-Report	3.7.2016	20	Wochenblatt	Links der Weser
Weser-Report	10.7.2016	16	Wochenblatt	Links der Weser
Weser-Report	13.7.2016	12	Wochenblatt	Links der Weser
Weser-Report	17.7.2016	14	Wochenblatt	Links der Weser
Weser-Report	17.8.2016	16	Wochenblatt	Mitte
Weser-Report	21.8.2016	20	Wochenblatt	Links der Weser
Kurier der Woche	3.7.2016	18	Wochenblatt	Links der Weser
taz.bremen	8.8.2016	4	Tageszeitung	Zeitung für Bremen, an Wochenenden (als taz.nord) für Bremen, Hamburg und Niedersachsen
taz.bremen	9.8.2016	4	Tageszeitung	
taz.bremen	10.8.2016	4	Tageszeitung	
taz.bremen	11.8.2016	4	Tageszeitung	
taz.nord	13./14.8.2016	8	Tageszeitung	
taz.bremen	15.8.2016	4	Tageszeitung	
Seitenanzahl insgesamt		434		

**Tabelle 3: Zeitungen und Anzeigenblätter aus Halle (Saale)**

Zeitung	Datum	Anzahl Seiten	Art der Publikation	Anmerkung
Mitteldeutsche Zeitung	9./10.7.2016	32	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	12.7.2016	24	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	18.7.2016	24	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	20./21.8.2016	36	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	22.8.2016	28	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	23.8.2016	24	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	24.8.2016	24	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	25.8.2016	28	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	27./28.8.2016	36	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	8.9.2016	28	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	10./11.9.2016	36	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
Mitteldeutsche Zeitung	12.9.2016	28	Tageszeitung	Halle/Saalekreis
WochenSpiegel	6.7.2016	8	Anzeigenblatt	Halle und Umgebung
WochenSpiegel	13.7.2016	8	Anzeigenblatt	
WochenSpiegel	20.7.2016	8	Anzeigenblatt	
WochenSpiegel	17.8.2016	8	Anzeigenblatt	
WochenSpiegel	31.8.2016	10	Anzeigenblatt	
Super Sonntag	25./26.6.2016	12	Anzeigenblatt	Halle und Umgebung
Super Sonntag	9./10.7.2016	8	Anzeigenblatt	
Super Sonntag	16./17.7.2016	10	Anzeigenblatt	
Super Sonntag	20./21.8.2016	12	Anzeigenblatt	
<b>Seitenanzahl insgesamt</b>		<b>432</b>		

Tabelle 4: Zeitungen und Anzeigenblätter aus dem Raum Stuttgart

Zeitung	Datum	Anzahl Seiten	Art der Publikation	Anmerkung
Stuttgarter Nachrichten	30./31.7.2016	32	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	1.8.2016	20	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	2.8.2016	24	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	3.8.2016	24	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	4.8.2016	24	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	5.8.2016	24	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	6./7.8.2016	30	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	8.8.2016	28	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	9.8.2016	22	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	10.8.2016	32	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	11.8.2016	24	Tageszeitung	
Stuttgarter Nachrichten	12.8.2016	24	Tageszeitung	
Stuttgarter Amtsblatt	15.9.2016	12	Amtsblatt	Herausgeber: Stadt Stuttgart
Stuttgarter Amtsblatt	22.9.2016	15	Amtsblatt	
Stuttgarter Amtsblatt	29.9.2016	15	Amtsblatt	
Filder Wochenblatt	3.8.2016	20	Anzeigenblatt	Filderstadt, Echterdingen, Leinfelden
Filder Wochenblatt	10.8.2016	16	Anzeigenblatt	
Filder Wochenblatt	17.8.2016	20	Anzeigenblatt	
FilderExtra	29.6.2016	22	Anzeigenblatt	Filderstadt
<b>Seitenanzahl insgesamt</b>		<b>428</b>		

## APPENDIX B – ANMERKUNGEN ZUR AUSWAHL DER ONLINE-MEDIEN

Bei allen drei Standorten suchten wir zuerst die Online-Version der größten Tageszeitung der jeweiligen Region. In Bremen wurden zu Online-Artikeln des *Weser-Kuriers* noch Beiträge von *Radio Bremen* hinzugefügt. Da in der Metropolregion Stuttgart sowohl die *Stuttgarter Nachrichten* als auch die *Stuttgarter Zeitung* als große Tageszeitungen gelten, durchsuchten wir beide Webseiten. Die Artikel der *Stuttgarter Nachrichten* zum Thema Geflüchtete blieben aber ohne Kommentare, weshalb wir uns in der Analyse vermehrt auf die Artikel der *Stuttgarter Zeitung* konzentrierten und in den Printmedien die *Stuttgarter Nachrichten* als alleinige Tageszeitung auswählen. Zu der Online-Leserschaft der *Mitteldeutschen Zeitung* muss noch vermerkt werden, dass sie vermutlich nicht auf den Halle/Saalekreis beschränkt ist, da die *Mitteldeutsche Zeitung* Lokalausgaben für 16 weitere Regionen druckt. Da aber für Halle (Saale) keine eindeutig lokalisierte Online-Zeitung zur Verfügung stand, recherchierten wir hier alternative Medien-Seiten mit einem klaren Ortsbezug (z. B. «halle.de», «Du bist Halle» und «Halle Spektrum»).

Zudem suchten wir auf Facebook und YouTube<sup>31</sup> nach Inhalten mit Verbindung zu einem der drei Standorte und dem Thema Geflüchtete. Die Daten mussten öffentlich auffindbar sein, das heißt, Posts und Kom-

mentare mussten auch ohne die Voraussetzung einer Gruppenmitgliedschaft sichtbar sein.

Auf YouTube fanden wir nur für den Standort Stuttgart zwei einschlägige Beiträge unter «Stuggi TV». Auf Facebook fanden wir für den Standort Bremen die Gruppen «Bremen-Nord und Umzu – Politisches Forum – Das geht uns alle an!» und «Nicht mit Uns! Bremen-Nord wehrt sich!», die sich gegen Geflüchtete aussprachen. Außerdem war ein Beitrag auf der Facebook-Seite des Magazins *buten und binnen* für unsere Recherche zielführend. Für Halle (Saale) fanden wir auf Facebook die Seiten «Du bist Halle/Saale», «halleleaks.de» und «Kontrakultur Halle» mit eindeutig rechten Inhalten. Für Stuttgart fanden wir die Seiten «Identitäre Bewegung Schwaben», «Fellbach wehrt sich» und «AfD Stuttgart», die klare Meinungen gegen Geflüchtete publizierten. Zudem fanden sich auf den Facebook-Seiten «Blaulichtreport Stuttgart», «Polizei Stuttgart» und «stuttgarter-zeitung.de» vereinzelte Beiträge und Diskussionen mit starken rechten und rechtspopulistischen Inhalten. Nicht alle in den folgenden Listen aufgenommenen alternativen Medien und Gruppen sind somit als rechtspopulistische oder fremdenfeindliche Seiten zu verstehen, häufig fanden sich jedoch in regelmäßigen Abständen gewisse Argumente wieder. Alle personenbezogenen Daten wurden anonymisiert.

<sup>31</sup> Ursprünglich haben wir auch auf Twitter recherchiert. Allerdings stellten wir fest, dass sich im deutschsprachigen Raum wenig Tweets zu der Thematik und unseren Suchkriterien finden ließen, die nicht schon in unserem übrigen Online-Material auftauchten. So wurden beispielsweise häufig verkürzte Posts von Facebook-Seiten oder von rechtsextremen Webseiten auf Twitter gepostet, zu diesen Posts kamen aber keine Diskussionen zustande. Aufgrund dieses Befunds wurde Twitter im Laufe der weiteren Recherche weggelassen.

**Tabelle 5: Online-Medien aus dem Raum Bremen**

Name der Webseite	Herausgeber	Datum	Kommentare	Anmerkung
Weserreport.de	Aller-Report	21.6.2016		Verden
Weserreport.de	Delme-Report	6.6.2016		Delmenhorst
Weserreport.de	Delme-Report	1.7.2016		Delmenhorst
Weserreport.de	Weser-Report	24.6.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	30.6.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	2.7.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	4.7.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	5.7.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	5.7.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	5.7.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	5.7.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	19.9.2016		
Weserreport.de	Weser-Report	20.9.2016	Mit Kommentaren	
Weserreport.de	Weser-Report	21.9.2016	Mit Kommentaren	
Radiobremen.de	Radio Bremen	11.1.2016		
Radiobremen.de	Radio Bremen	30.6.2016		
Radiobremen.de	Radio Bremen	1.7.2016		
Radiobremen.de	Radio Bremen	1.7.2016		
Radiobremen.de	Radio Bremen	1.7.2016		
Radiobremen.de	Buten un binnen tv	20.9.2016	Mit Kommentaren	
Presseportal.de	Polizei Bremen	15.5.2016		
Facebook.com	Bremen-Nord und Umzu	26.7.2016	Mit Kommentaren	1.022 Likes
Facebook.com	Bremen-Nord und Umzu	11.8.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Bremen-Nord wehrt sich	5.4.2016	Mit Kommentaren	1.753 Likes
Facebook.com	Bremen-Nord wehrt sich	15.5.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Bremen-Nord wehrt sich	24.8.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Bremen-Nord wehrt sich	24.8.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Buten un binnen	28.7.2016	Mit Kommentaren	119.715 Likes
<b>Beiträge insgesamt:</b>		<b>28</b>	<b>10 mit Kommentaren</b>	

Tabelle 6: Online-Medien aus dem Raum Halle (Saale)

Name der Webseite	Herausgeber	Datum	Kommentare	Anmerkung
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	29.6.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	30.6.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	30.6.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	30.6.2016		
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	30.6.2016		
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	1.7.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	1.7.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	2.7.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	2.7.2016		
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	2.7.2016		
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	3.7.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	4.7.2016		
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	4.7.2016		
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	4.7.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	5.7.2016	Mit Kommentaren	
Mz-web.de	Mitteldeutsche Zeitung	5.7.2016		
MDR.de	Mitteldeutscher Rundfunk	24.6.2016	Mit Kommentaren	
Halle.de	Stadt Halle	2016		
Hallespektrum.de	Hallespektrum	21.1.2016	Mit Kommentaren	
Hallespektrum.de	Hallespektrum	19.4.2016		
Hallespektrum.de	Hallespektrum	30.6.2016	Mit Kommentaren	
Hallespektrum.de	Hallespektrum	6.7.2016	Mit Kommentaren	
Dubisthalle.de	DubistHalle	12.5.2016	Mit Kommentaren	
Dubisthalle.de	DubistHalle	17.5.2016	Mit Kommentaren	
Dubisthalle.de	DubistHalle	28.8.2016		
Blog.halle-leaks.de	Halle-Leaks	6.6.2016	Mit Kommentaren	
Blog.halle-leaks.de	Halle-Leaks	25.5.2016		
Blog.halle-leaks.de	Halle-Leaks	19.8.2016		
Blog.halle-leaks.de	Halle-Leaks	19.8.2016		
Facebook.de	DubistHalle	4.9.2016	Mit Kommentaren	22.453 Likes
Facebook.de	Halleleaks	4.9.2016	Mit Kommentaren	3.905 Likes
Facebook.de	Halleleaks	8.9.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.de	Kontrakultur	15.7.2016	Mit Kommentaren	4.600 Likes
<b>Beiträge insgesamt:</b>		<b>33</b>	<b>20 mit Kommentaren</b>	

**Tabelle 7: Online-Medien aus dem Raum Stuttgart**

Name der Webseite	Herausgeber	Datum	Kommentare	Anmerkung
Stuttgarter-zeitung.de	Stuttgarter Zeitung	12.2.2016	Mit Kommentaren	
Stuttgarter-zeitung.de	Stuttgarter Zeitung	5.5.2016	Mit Kommentaren	
Stuttgarter-zeitung.de	Stuttgarter Zeitung	12.5.2016	Mit Kommentaren	
Stuttgarter-zeitung.de	Stuttgarter Zeitung	3.7.2016		
Stuttgarter-zeitung.de	Stuttgarter Zeitung	5.7.2016	Mit Kommentaren	
Stuttgarter-zeitung.de	Stuttgarter Zeitung	30.8.2016		
Stuttgarter-zeitung.de	Stuttgarter Zeitung	1.9.2016		
Stuttgarter-zeitung.de	Stuttgarter Zeitung	1.9.2016		
Stuttgarter-nachrichten.de	Stuttgarter Nachrichten	11.2.2016		
Stuttgarter-nachrichten.de	Stuttgarter Nachrichten	13.5.2016		
Stuttgarter-nachrichten.de	Stuttgarter Nachrichten	6.6.2016		
Stuttgarter-nachrichten.de	Stuttgarter Nachrichten	9.6.2016		
Stuttgarter-nachrichten.de	Stuttgarter Nachrichten	4.7.2016		
Stuttgarter-nachrichten.de	Stuttgarter Nachrichten	4.7.2016		
Stuttgarter-nachrichten.de	Stuttgarter Nachrichten	5.7.2016		
Ntz.de	Nürtinger Zeitung	1.8.2016		
Krzbb.de	Böblinger Bote	3.9.2016		
Swr.de	SWR BW	8.9.2016		
Stimme.de	Stimme/Südwesten	31.8.2016		
Presseportal.de	Polizei Stuttgart	12.2.2016		
Youtube.com	Stuggi TV	11.1.2016	Mit Kommentaren	3.846 Likes
Youtube.com	Stuggi TV	27.1.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Blaulichtreport Stuttgart	30.8.2016	Mit Kommentaren	49.092 Likes
Facebook.com	Blaulichtreport Stuttgart	31.8.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Identitäre Bewegung Schwaben	15.6.2016	Mit Kommentaren	4.056 Likes
Facebook.com	Identitäre Bewegung Schwaben	13.7.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Polizei Stuttgart	24.7.2016	Mit Kommentaren	40.850 Likes
Facebook.com	Polizei Stuttgart	29.8.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Fellbach wehrt sich	28.8.2016	Mit Kommentaren	2.786 Likes
Facebook.com	Fellbach wehrt sich	29.8.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	Stuttgarter Zeitung	1.9.2016	Mit Kommentaren	65.634 Likes
Facebook.com	Stuttgarter Zeitung	2.9.2016	Mit Kommentaren	
Facebook.com	AfD Stuttgart	3.9.2016	Mit Kommentaren	14.225 Likes
Facebook.com	AfD Stuttgart	8.9.2016	Mit Kommentaren	
Beiträge insgesamt:		34	18 mit Kommentaren	

## APPENDIX C – KATEGORIENSHEMA

Dimension	Kategorie	Definition	Kommentar/Beispiel*
Verfasser*in	Verfasser*in privat	Verfasser*in des Textes ist eine Privatperson und nicht im Auftrag eines Vereins oder Verlagshauses tätig.	z. B. Facebook-Kommentar oder Leserbrief
	Verfasser*in institutionell	Verfasser*in des Textes ist Angestellte*/Mitarbeiter*in eines Vereins oder Verlagshauses, beispielsweise einer Zeitung.	z. B. Zeitungs-Artikel oder Pressemitteilung der Polizei
	Verfasser*in unklar	Verfasser*in des Textes gehört einer selbsternannten Institution an, beispielsweise einer Bürgerwehr.	z. B. Blog-Artikel von Halle-Leaks
Ortsbezug	Bremen	Der Text, Verfasser*in oder das Verlagshaus haben einen Ortsbezug zu Bremen.	
	Halle (Saale)	Der Text, Verfasser*in oder das Verlagshaus haben einen Ortsbezug zu Halle (Saale).	
	Stuttgart	Der Text, Verfasser*in oder das Verlagshaus haben einen Ortsbezug zu Stuttgart.	
Valenz	Positiv	Die Meinung der Verfasser*in zum Thema Geflüchtete ist positiv oder unterstützend. Dies bezieht alle Texte mit ein, die sich mit Flüchtlingshilfe oder interkulturellen Begegnungen mit Geflüchteten befassen.	«Unsere Freunde von Signal of Solidarity – Flüchtlingshilfe organisieren ein interkulturelles Kinderfest im Rahmen der Bremer Integrationswoche.»  «Wer den Lügner von der AfD glaubt, ist selber schuld.»
	Neutral	Die Meinung der Verfasser*in zum Thema Geflüchtete ist neutral. Diese Texte sind informativ und faktisch, geben Zahlen wieder und haben keinen erkennbaren Bezug zu einer politischen Richtung. Es kann wichtig sein, den Kontext in Betracht zu ziehen. Auch polarisierende Facebook-Kommentare können neutrale Sätze aus Zeitungsartikeln enthalten oder in deren Stil geschrieben sein, was nicht bedeutet, dass die Botschaft neutral ist.	«Während 2015 noch über 10.000 Menschen nach Bremen kamen, geht die Zahl der Flüchtlinge weiter zurück.»  «Moslems sind Anhänger einer Religion, Deutsche sind Menschen einer bestimmten Nationalität. Das ist etwas Grundverschiedenes.»
	Negativ	Die Meinung der Verfasser*in zum Thema Geflüchtete ist negativ. Verfasser*in geht es darum, Menschen zu überzeugen, weniger Geflüchtete ins Land zu lassen, da er sie als Bedrohung wahrnimmt. Kommentare können auch sarkastisch sein.	«Moslems sind heutzutage nur noch parasitierend sich am Ausbreiten. Das wird niemals was mit diesen Leuten.»  «Zurückschicken, wo sie hergekommen sind, sowas braucht hier niemand!!!!!!»
	Nicht eindeutig	Die Meinung der Verfasser*in zum Thema Geflüchtete ist nicht eindeutig zuzuordnen. Kommentare können sarkastisch sein.	«Ich glaube, dass es einen gemäßigten Islam gibt. Ich glaube aber auch, dass teilweise mit den falschen Moscheeverbänden zusammengearbeitet wird.»
Debatte	Zustimmung	Bei Online-Diskussionen: Kommentar bezieht sich auf einen vorherigen und stimmt diesem zu.	«Weiter so ****, große Klasse!!»
	Widerspruch	Bei Online-Diskussionen: Kommentar bezieht sich auf einen vorherigen und widerspricht diesem.	«Unterm Strich ist es eine grobe Verallgemeinerung.»
	Unklar	Bei Online-Diskussionen: Kommentar bezieht sich auf einen vorherigen und es ist unklar, ob er diesem zustimmt oder widerspricht.	«Was wird nicht besser?»
Informationsgehalt	Faktisch	Text enthält Fakten und Informationen bezüglich Geflüchteten, Unterkünften für Geflüchtete, Flüchtlingspolitik, o. Ä.	«Ende des Jahres 2015 haben Politiker noch befürchtet, dass in Schwanewede bis zu 2.000 Flüchtlinge in der ehemaligen Kaserne leben werden.»

	Faktisch/emotional	Text enthält Fakten und Informationen sowie Emotionen bezüglich Geflüchteten, Unterkünften für Geflüchtete, Flüchtlingspolitik, o. Ä.	«Schon die Kreuzzüge hatten keine politische und finanzielle Hintergründe. [...] Dabei kam es zu Kannibalismus und man kochte die Heiden [...]. Die Muslime benutzten danach das Wort Menschenfresser für die Franken.»
	Emotional	Text enthält Emotionen bezüglich Geflüchteten, Unterkünften für Geflüchtete, Flüchtlingspolitik, o. Ä.	«Die holt doch den ganzen Müll rein nach Deutschland. Und auch sonst noch einige Politiker!!! Und dann noch was von Toleranz sagen, haha, dass ich nicht lache, ich spuck auf die Toleranz!!»
	Weder/noch	Text enthält weder Fakten und Informationen noch Emotionen bezüglich Geflüchteten, Unterkünften für Geflüchtete, Flüchtlingspolitik, o. Ä.	«Die BRD ist ein besetztes Land und erst, wenn Deutschland souverän wird, sind wir frei. Jeder einzelne ist gefordert, selbst etwas zu tun.»
Perspektive	Verallgemeinerung	Verfasser*in vertritt Standpunkte, ohne klarzustellen, dass es sich hierbei um eine persönliche Meinung handelt. Fakten werden verallgemeinernd und undifferenziert dargestellt, z. B. durch Aussagen, die als Konsens hingestellt werden («Wir alle wissen ja, dass ...»). Oft sind diese Aussagen belehrend oder überheblich gegenüber anderen Leser*innen oder beinhalten einen Vorwurf an die Medien («Lügenpresse») oder Bundesregierung.	«Nicht jeder Moslem ist ein Terrorist, aber jeder Terrorist ein Moslem.»  «Und da ist definitiv die Politik dran schuld, also erzählt mir nichts.»
	Persönliche Meinung	Verfasser*in macht deutlich, dass es sich um eine persönliche Meinung handelt und diese nicht verallgemeinernd anzuwenden ist («Meiner Meinung nach ...»). Persönliche Erfahrungen sind nicht zwangsläufig allgemeingültig, sondern stellen Ausnahmen dar. Anekdoten werden als solche gekennzeichnet.	«Wenn man bedenkt, was zurzeit passiert ist, und man dann doch wieder welche aufnimmt ... versteh ich nicht, ist aber nur meine Meinung!»
	Nicht relevant	Dimension ist für den Text nicht relevant.	
Begründung	Pro Geflüchtete	Der Text nennt Gründe, die für die Aufnahme von Geflüchteten sprechen [beispielsweise: Bereicherung für Deutschland].	«Ich versteh auch nicht, warum sollten wir als Gesellschaft mit christlichen Werten Menschen, die monatelang aus ihren zerstörten Heimaten, traumatisiert und vollkommen am Ende ihrer Psyche und physischen Gesundheit sind, aufnehmen? Merkste was?»
	Gegen Geflüchtete	Der Text nennt Gründe, die gegen die Aufnahme von Geflüchteten sprechen, [beispielsweise: Belastung für Sozialsysteme].	«Das kommt davon, dass man diese Primaten ins Land lässt. Zurückschicken diese Subjekte, egal wie, das ist das einzig Richtige, egal wo man sich aufhält, überall diese Smartphone Mohren.»
	Pro Unterkünfte	Der Text nennt Gründe, die für Unterkünfte für Geflüchtete sprechen [beispielsweise: Erneuerung des Stadtbilds].	«Dort wird neuer Wohnraum geschaffen, von dem der Ortsteil langfristig profitieren wird», erklärt Jens Crueger, örtlicher Bürgerschaftsabgeordneter.»
	Gegen Unterkünfte	Der Text nennt Gründe, die gegen Unterkünfte für Geflüchtete sprechen [beispielsweise: Verschwendung von Ressourcen].	«Asyl-Kritiker der Essener SPD macht Geschäfte mit Asyl-Unterkünften» ... und warum nicht? Das Spiel ist doch von Anbeginn nur Schacher und Geld!»
	Mobilisierung pro Geflüchtete	Der Text nennt Gründe, die für eine Mobilisierung für Geflüchtete sprechen [beispielsweise: Mahnwachen als Zeichen von Demokratie und Bürgerbewegung. Hierbei geht es um jedweden Aufruf zum Handeln, sowohl offline als auch online].	«No Lager Halle ruft dazu auf, lautstark gegen die Stigmatisierung und Zwangserziehung von Geflüchteten zu demonstrieren.»
	Mobilisierung gegen Geflüchtete	Der Text nennt Gründe, die für eine Mobilisierung gegen Geflüchtete sprechen [beispielsweise: Demonstrationen gegen Geflüchtete. Hierbei geht es um jedweden Aufruf zum Handeln, sowohl offline als auch online].	«Wir müssen endlich handeln! Unterstützt uns aktiv und meldet euch auf Schwaben@identitaere-bewegung.de oder spendet für uns.»

	Für Gewalt	Der Text nennt Gründe dafür, Gewalt gegenüber Geflüchteten auszuüben. Hier geht es um eine Legitimierung und Verherrlichung von Gewalt. Gewalt kann auch nur verbal angedroht sein.	«Ich hoffe echt, dass den Kerlen mal anständig die Fresse poliert wird. Damit die endlich mal merken, dass wir uns das nicht gefallen lassen! Polizei bringt da nix.»
	Gegen Gewalt	Der Text nennt Gründe dafür, Gewalt gegenüber Geflüchteten nicht auszuüben. Hier geht es um Beschwichtigung und friedliches Zusammenleben.	«Jeder Anschlag, egal ob von rechts oder den Bewohnern selber verursacht, gehört bestraft. Dies sind Straftaten, die nicht zu entschuldigen sind, das sage ich Ihnen als überzeugter PEGIDA-Anhänger.»
	Pro Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	Der Text nennt Gründe für eine Zustimmung zur aktuellen Flüchtlingspolitik. [Diese Kategorie ist eine Rest-Kategorie und soll alle vagen, Pro-Geflüchteten Kommentare einfangen, die in den obigen Kategorien nicht codiert wurden].	«Die wachsende Zahl an Menschen, die als Asylbewerber nach Halle kommen, macht es mehr denn je erforderlich, dass Politik, gemeinnützige Organisationen, Einwohnerinnen und Einwohner, die Kommune und Unternehmen an einem Strang ziehen, um Geflüchtete willkommen zu heißen.»
	Gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	Der Text nennt Gründe für eine Ablehnung der aktuellen Flüchtlingspolitik. [Diese Kategorie ist eine Rest-Kategorie und soll alle vagen Contra-Geflüchteten Kommentare einfangen, die in den obigen Kategorien nicht codiert wurden].	«Ja, sie [Merkel] hat ja gesagt, Deutschland wird sich nicht verändern! Diese Heuchlerin, die gehört weggesperrt!»
	Keine Begründung	Der Text nennt keine Gründe für oder gegen die Aufnahme Geflüchteter.	
Faktoren des kollektiven Handelns	Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit	Verfasser*in des Textes nimmt sich selbst als handlungsfähig wahr, ist der Auffassung, eigene Meinung und Handlungsweise sei wirkungsmächtig in Bezug auf die Mobilisierung Ähnlichdenkender (perceived efficacy).	«Alles in allem sind Wir mit Halle-Leaks die im Moment reichweitestärkste Seite der Stadt, was einige zum sprichwörtlichen Wahnsinn treibt.»
	Ungerechtigkeitsempfinden	Verfasser*in des Textes nimmt sich selbst als ungerecht behandelt wahr. Diese Ungerechtigkeit kann vonseiten des Staats/ Systems kommen oder abstrakteren Ursprungs sein. Sie mündet jedoch darin, dass es um eine ungleiche Ressourcenverteilung zwischen Gruppen (beispielsweise Deutschen und Geflüchteten) geht (perceived injustice).	«Beinhaltet der Vertrag auch eine Kernsanierung, natürlich auf Steuerzahlerkosten?»  «Bekanntlich gibt es in diesem Land >300.000 Obdachlose. Was würden die wohl dazu sagen?»
	Gruppenzugehörigkeit	Verfasser*in des Textes nimmt sich selbst als Teil einer besonderen Gruppe wahr. Diese Gruppe ist begrenzt und kann nicht jeden aufnehmen. Die Ingroup, das Wir, sind die Deutschen, die es aus Sicht der Verfasser*innen mitsamt ihrer Kultur und ihres Wertesystems zu schützen gilt. Die Mitglieder der Fremdgruppe stellen für die Ingroup eine Bedrohung dar, die diese Werte und Sicherheit gefährden könnten (social identity).	«Hole nun unsere Tochter immer vom Bus – da steht der Immigrantenneuge heute vor mir, grinst mich an und sagt: «fi_k dich». Jeden Tag werden unsere Kinder von den Immigrantenkinder am Bus verprügelt.»  «Bevor die Kulturbereicherer aus dem islamischen Kulturkreis hier waren, war jedenfalls keine Security im Freibad erforderlich.»
	Andere Gründe	Verfasser*in des Textes nennt andere Gründe für kollektives Handeln gegen Geflüchtete.	
Zusätzliches	Zusätzliches	Diese Kategorie dient dazu, Platz für zusätzliche Kommentare zu lassen, falls beim zu codierenden Text Besonderheiten auffallen. Auffälligkeiten können hier offen codiert werden.	
*Alle in «Anführungsstrichen» gesetzten Zitate stammen aus dem Online-Datenmaterial und wurde lediglich im Sinne der Duden-Orthografie und Zeichensetzung korrigiert.			

## APPENDIX D – CODIERUNGSVERTEILUNG

Tabelle 8: Codierungen aus den Online-Medien zum Standort Bremen

Dimension	Kategorie	Codierungen	Prozent
Insgesamt		1.123	15,6
Ortsbezug	Bremen	161	14,3
Verfasser*in		161	14,3
	Privat	139	86,3
	Institutionell	22	13,7
	Unklar	0	0
Valenz		161	14,3
	Positiv	12	7,5
	Neutral	11	6,8
	Negativ	46	28,6
	Nicht eindeutig	92	57,1
Debatte		129	11,5
	Zustimmung	24	18,6
	Widerspruch	68	52,7
	Unklar	37	28,7
Informationsgehalt		161	14,3
	Faktisch	23	14,3
	Faktisch/emotional	17	10,6
	Emotional	36	22,4
	Weder/noch	85	52,8
Perspektive		144	10,2
	Verallgemeinerung	39	27,1
	Persönliche Meinung	17	11,8
	Nicht relevant	88	61,1
Begründung		170	15,1
	Pro Geflüchtete	2	1,1
	Gegen Geflüchtete	36	21,2
	Pro Unterkünfte	3	1,8
	Gegen Unterkünfte	4	2,4
	Mobilisierung pro Geflüchtete	2	1,1
	Mobilisierung gegen Geflüchtete	1	0,1
	Für Gewalt	3	1,8
	Gegen Gewalt	0	0
	Pro Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	4	2,4
	Gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	16	9,4
	Keine Begründung	99	58,2
	Faktoren des kollektiven Handelns		29
Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit		1	3,4
Ungerechtigkeitsempfinden		6	20,7
Gruppenzugehörigkeit		22	75,9
Andere Gründe		0	0
Zusätzliches	Zusätzliches	7	0,6

Tabelle 9: Codierungen aus den Online-Medien zum Standort Halle (Saale)

Dimension	Kategorie	Codierungen	Prozent
Insgesamt		2.337	32,5
Ortsbezug	Halle (Saale)	329	14,1
Verfasser*in		331	14,2
	Privat	283	85,5
	Institutionell	27	8,2
	Unklar	21	6,3
Valenz		329	14,1
	Positiv	74	22,5
	Neutral	42	12,8
	Negativ	131	39,8
	Nicht eindeutig	82	24,9
Debatte		281	12,0
	Zustimmung	76	27,0
	Widerspruch	159	56,6
	Unklar	46	16,4
Informationsgehalt		330	14,1
	Faktisch	32	10,0
	Faktisch/emotional	61	18,5
	Emotional	153	46,4
	Weder/noch	84	25,5
Perspektive		296	12,7
	Verallgemeinerung	66	22,3
	Persönliche Meinung	91	30,7
	Nicht relevant	139	47,0
Begründung		385	16,5
	Pro Geflüchtete	58	15,1
	Gegen Geflüchtete	109	28,3
	Pro Unterkünfte	8	2,1
	Gegen Unterkünfte	13	3,4
	Mobilisierung pro Geflüchtete	2	0,5
	Mobilisierung gegen Geflüchtete	2	0,5
	Für Gewalt	0	0
	Gegen Gewalt	0	0
	Pro Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	19	5,0
	Gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	68	17,7
	Keine Begründung	106	27,5
	Faktoren des kollektiven Handelns		46
Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit		5	10,9
Ungerechtigkeitsempfinden		30	65,2
Gruppenzugehörigkeit		11	23,9
Andere Gründe		0	
Zusätzliches	Zusätzliches	10	0,4

Tabelle 10: Codierungen aus den Online-Medien zum Standort Stuttgart

Dimension	Kategorie	Codierungen	Prozent
Insgesamt		3.730	51,9
Ortsbezug	Stuttgart	537	14,4
Verfasser*in		529	14,2
	Privat	493	93,2
	Institutionell	29	5,5
	Unklar	7	1,3
Valenz		536	14,4
	Positiv	46	8,6
	Neutral	32	6,0
	Negativ	298	55,6
	Nicht eindeutig	160	29,9
Debatte		454	12,2
	Zustimmung	200	44,1
	Widerspruch	130	28,6
	Unklar	121	26,7
Informationsgehalt		534	14,3
	Faktisch	26	4,9
	Faktisch/emotional	48	9,0
	Emotional	270	50,6
	Weder/noch	190	35,6
Perspektive		507	13,6
	Verallgemeinerung	174	34,3
	Persönliche Meinung	104	20,5
	Nicht relevant	229	45,2
Begründung		581	15,6
	Pro Geflüchtete	28	4,8
	Gegen Geflüchtete	184	31,7
	Pro Unterkünfte	7	1,2
	Gegen Unterkünfte	13	2,2
	Mobilisierung pro Geflüchtete	0	0
	Mobilisierung gegen Geflüchtete	2	0,3
	Für Gewalt	24	4,1
	Gegen Gewalt	4	0,7
	Pro Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	5	0,9
	Gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	89	15,3
	Keine Begründung	225	38,7
	Faktoren des kollektiven Handelns		46
Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit		1	2,2
Ungerechtigkeitsempfinden		25	54,3
Gruppenzugehörigkeit		20	43,5
Andere Gründe		0	0
Zusätzliches	Zusätzliches	6	0,2

Tabelle 11: Codierungen aus den Online-Medien für alle drei Standorte

Dimension	Kategorie	Codierungen	Prozent
Insgesamt		7.190	100
Ortsbezug		1.027	14,3
	Bremen	161	15,8
	Halle (Saale)	327	32,0
	Stuttgart	537	52,3
Verfasser*in		1.021	14,2
	Privat	915	89,6
	Institutionell	78	7,6
	Unklar	28	2,7
Valenz		1.026	14,3
	Positiv	132	12,9
	Neutral	85	8,3
	Negativ	475	46,3
	Nicht eindeutig	334	32,6
Debatte		864	12,0
	Zustimmung	300	34,7
	Widerspruch	360	41,7
	Unklar	204	23,6
Informationsgehalt		1.025	14,3
	Faktisch	81	7,9
	Faktisch/emotional	126	12,3
	Emotional	459	44,8
	Weder/noch	359	35,0
Perspektive		947	13,2
	Verallgemeinerung	279	29,5
	Persönliche Meinung	212	22,4
	Nicht relevant	456	48,2
Begründung		1.136	15,8
	Pro Geflüchtete	88	7,7
	Gegen Geflüchtete	329	29,0
	Pro Unterkünfte	18	1,6
	Gegen Unterkünfte	30	2,6
	Mobilisierung pro Geflüchtete	4	0,4
	Mobilisierung gegen Geflüchtete	5	0,4
	Für Gewalt	27	2,4
	Gegen Gewalt	4	0,4
	Pro Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	28	2,5
	Gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung	173	15,2
	Keine Begründung	430	37,9
	Faktoren des kollektiven Handelns		121
Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit		7	5,8
Ungerechtigkeitsempfinden		61	50,4
Gruppenzugehörigkeit		53	43,8
Andere Gründe		0	0
Zusätzliches	Zusätzliches	23	0,3

